

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

Februar 2020

E+Z

D+C

LANDWIRTSCHAFT

Vernachlässigte
Nutzpflanzen verdienen
Beachtung

GESUNDHEIT

Diabetes plagt
Entwicklungs- und
Schwellenländer

VERKEHR

Infrastrukturbedarf
einer mittelgroßen
Stadt in Ghana



Arbeit und Innovation

Arbeit und Innovation

Innovative Unternehmen sind wichtig

Bio-Lutions ist ein Hersteller von biologisch abbaubaren Verpackungen und Einweggeschirr. Der Geschäftsführer in Indien, Kurian Mathew, erläutert das Konzept. Gefördert wurde das Start-up von der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft. Deren Vorsitzende der Geschäftsführung, Christiane Laibach, erläutert im Interview Grundherausforderungen der Privatsektor-Entwicklung. **SEITEN 19, 21**

Förderung des Privatsektors

Liberia hat gute, noch ungenutzte Entwicklungschancen. Eine Umfrage unter Unternehmen zeigt, was die Regierung tun muss, um das Wirtschaftsklima zu verbessern, erklären SalaMartu Stephanie Duncan von der Liberia Chamber of Commerce und Michael Konow von der Handelskammer Hamburg. Wie MEST Africa panafrikanisches Unternehmertum unterstützt, erläutert Marketingchefin Veronica Mulhall im Interview. Eine Evaluierung von GIZ-Projekten zur Beschäftigungsförderung in Afrika hat erfolgreiche Ansätze identifiziert. Claudia Knobloch und Christian Pirzer vom Forschungsinstitut Endeava UG stellen die Ergebnisse vor. **SEITEN 23, 24, 25**

Unattraktive Formalisierung

Formelle Beschäftigung ist Voraussetzung für Einnahmen aus Einkommens- und Lohnsteuer – die wiederum den Staat in die Lage versetzen, die Bürger mit notwendigen Dienstleistungen zu versorgen. In Mosambik fehlen jedoch die Voraussetzungen für eine Transformation des Arbeitsmarktes, schreiben Friedrich Kaufmann von der deutschen Auslandshandelskammer in Maputo und der Berater Winfried Borowczak. **SEITE 28**

Mit Bildung die Welt erhellen

Frank Masanta ist Social Entrepreneur und Bildungsaktivist. Er gründete 2011 die Sun-spring Charity School im Ng`ombe Township in Lusaka. Masanta beschreibt, wie er sich engagiert und was ihn motiviert. **SEITE 30**

Südafrikas Zeitbombe

Die Jugendarbeitslosigkeit in Südafrika ist eine Zeitbombe: Die Hälfte der Menschen zwischen 18 und 34 Jahren hat keinen Job. Maximilian Matschke hat zu dem Thema promoviert und schlägt fünf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen vor, um die Situation zu verbessern. **SEITE 33**

Monitor

Klimawandel verantwortlich für zukünftige Gesundheitsschäden | Was Handel mit Flucht zu tun hat | Heutzutage: Medienerziehung in Guatemala | Impressum **4**

Debatte

Kommentare zur neuen westafrikanischen Währung Eco, die den CFA-Franc ersetzen soll, zum Scheitern der unilateralen Außenpolitik Trumps und zur Schaffung einer EU-Armee **8**

Tribüne

MAXWELL SUUK

Welche Infrastrukturinvestitionen die mittelgroße Stadt Tamale in Ghana bräuchte **11**

MARYAM S. KHAN

Die Verurteilung des ehemaligen pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf wegen Hochverrats ist ein historisches Urteil **12**

SILKE STÖBER

Vernachlässigte Kulturpflanzen könnten zur gesunden Welternährung beitragen **14**

MAX KLEIN

Diabetes zählt zu den häufigsten Todesursachen und betrifft auch arme Länder **16**

Schwerpunkt: Arbeit und Innovation

INTERVIEW MIT KURIAN MATHEW

Welchen nachhaltigen Ansatz die Firma Bio-Lutions in Indien verfolgt **19**

INTERVIEW MIT CHRISTIANE LAIBACH

Innovative Unternehmensgründungen in Afrika sind wichtig, schaffen aber nicht genügend Arbeitsplätze **21**

SALAMARTU STEPHANIE DUNCAN UND MICHAEL KONOW

Liberianische Unternehmer wollen bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen **23**

INTERVIEW MIT VERONICA MULHALL

„Talente sind überall, aber Chancen sind es nicht“ **24**

CLAUDIA KNOBLOCH UND CHRISTIAN PIRZER

Produktive Arbeitsplätze sind in ländlichen Gebieten für Afrikas wachsende, junge Bevölkerung nötig **25**

FRIEDRICH KAUFMANN UND WINFRIED BOROWCZAK

Warum die Formalisierung von Arbeit für Kleinunternehmer unattraktiv ist **28**

FRANK MASANTA

Wie ich zum Social Entrepreneur wurde und warum **30**

MAXIMILIAN MATSCHKE

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit in Südafrika **33**

Ambitionierte Menschen, gute Ideen

Als vor einigen Jahrzehnten in den Vorreitern unter Asiens Schwellenländern rasantes Wachstum einsetzte, profitierten diese von einer demokratischen Dividende: Junge Leute drängten massenhaft auf den Arbeitsmarkt, sodass schnell wachsende Firmen leicht das Personal fanden, das sie für weiteres Wachstum brauchten. Einige dieser Länder ringen heute mit gesellschaftlicher Alterung.

Derweil hält das Bevölkerungswachstum in Afrika, dem Nahen Osten und Südasien an. Die Geburtenraten liegen in Afrika generell über der Reproduktionsquote von im Schnitt 2,1 Kindern pro Frau, also werden die jungen Alterskohorten dort noch lange vergleichsweise viele Köpfe zählen. Aber selbst in Indien, wo die durchschnittliche Kinderzahl mittlerweile eigentlich demographische Stabilität verspricht, sind heute sehr viele Frauen jung und im gebärfähigen Alter, so dass die Bevölkerung noch weiter wachsen wird.

Es wäre großartig, wenn die betroffenen Länder nun von einer demokratischen Dividende profitieren würden. Stattdessen droht eine demographische Zeitbombe. Viel zu viele junge Menschen sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Viele werden in kleinen, informellen Firmen arbeiten – ohne Aussicht auf echten Erfolg im Leben. Alkohol und Drogen werden Suchtprobleme verursachen. Manche Jugendliche werden kriminell und schließen sich womöglich gewalttätigen Banden an. Massenhafte Unzufriedenheit unterhöhlt zudem die politische Stabilität.

Derlei eigentlich innenpolitische Themen haben globale Implikationen, denn wenn ehrgeizige junge Leute keine Chance in der Heimat sehen, suchen sie ihr Glück im Ausland. Damit die Menschheit sich auf nachhaltige Weise entwickeln kann, müssen millionenfach gute Arbeitsplätze für die große Mehrheit der jungen Generation weltweit entstehen – und dafür müssen die institutionellen Rahmenbedingungen korrigiert werden.

Die Idee, Marktkräfte entfalten sich umso dynamischer, je weniger der Staat eingreife, ist Unfug. Würde sie stimmen, wäre der informelle Sektor, der praktisch unbesteuert und unreguliert ist, die Basis breiten Wohlstandes. Das ist er aber wirklich nicht. Seine Einkommen liegen auf Subsistenzniveau, und permanente Unsicherheit prägt seinen Alltag.

Schlechte Infrastruktur ist dabei nur eines der Probleme. Wo es keine Rechtssicherheit gibt, bieten allenfalls kriminelle Organisationen Schutz. Wo Behörden technische Mindeststandards nicht durchsetzen, drohen mehr und gefährlichere Unfälle. Wo es keinerlei Sicherheiten gibt, geben Banken Kleinunternehmen keine Kredite, die sie aber brauchen, um zu gedeihen.

Kompetente Staatstätigkeit widerspricht Marktfreiheit nicht, sondern ist eine Grundvoraussetzung für erfolgreiches Unternehmertum. In einer zunehmend globalisierten Welt kommt es auch nicht nur auf nationale Regierungen an. Internationale Kooperation ist ebenso wichtig.

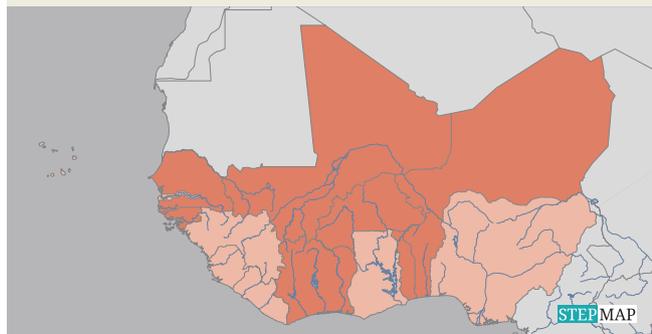
Es ist nicht alles düster. Wie Technologie-Start-ups zeigen, gibt es auch in Ländern mit großem informellen Sektor kompetente und ehrgeizige junge Leute mit guten Ideen. Smarte neue Websites und Apps bieten neue Chancen. Weltweit vernetzte Tech-Hubs arbeiten heute in vielen Metropolen. Ihre Start-ups schaffen freilich nicht millionenfach Arbeitsplätze. Sie bieten aber Perspektiven für begabte junge Menschen, die daheim etwas bewegen wollen und selbst in benachteiligten Volkswirtschaften Erfolgchancen finden.

► **Alle Schwerpunkttexte** und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



HANS DEMBOWSKI ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit/ D+C Development and Cooperation. euz.editor@dandc.eu

Debatte



CFA-Franc soll zu Eco werden

Der westafrikanische CFA-Franc soll zugunsten des so genannten Eco abgeschafft werden. Die alte Währung, die von mehreren frankophonen Ländern benutzt wird, ist ein koloniales Erbe. Afrikanische Ökonomen bemängeln schon lange, Frankreich habe zu großen Einfluss auf die Geldpolitik. Dennoch stoßen die Reformvorschläge auch nicht bei allen auf Zustimmung, schreibt der Mediendozent und Autor Karim Okanla aus Benin. **SEITE 8**

Tribüne



Todesstrafe für Ex-Diktator

Der ehemalige Präsident Pakistans Pervez Musharraf wurde jüngst wegen Hochverrats zum Tode verurteilt. Dies wurde zu Recht als historisches Gerichtsurteil gefeiert, wie die Juristin Maryam S. Khan aus Lahore beurteilt. Die Strafe wird wahrscheinlich nicht vollzogen. **SEITE 12**

Stille Epidemie

Diabetes zählt zu den zehn häufigsten Todesursachen weltweit und betrifft auch den globalen Süden massiv. Doch in der Entwicklungspolitik findet das Thema bisher nur wenig Beachtung. Es gibt viel zu wenig Präventionsarbeit und Behandlung in armen Ländern. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten Aufmerksamkeit auf das Thema lenken, fordert Max Klein von der BUKO Pharma-Kampagne. **SEITE 16**



Australien Ende Dezember: Rauch steigt über brennenden Wäldern auf.

WELTKLIMA

Weniger zu essen, mehr Denguefieber

Ein aktueller Bericht in der medizinischen Fachzeitschrift The Lancet warnt vor den schweren Gesundheitsrisiken des Klimawandels. Ein Kind, das heute auf die Welt kommt, wird sein Leben lang gesundheitliche Folgen spüren.

Von Roli Mahajan

Die Erde heizt sich auf, und durch die steigenden Temperaturen kommt es immer häufiger zu Überschwemmungen und Dürren. Diese und andere Folgen der Klimakrise gefährden die Ernährungssicherheit und Gesundheit von Millionen Menschen. Laut einem aktuellen Bericht des internationalen Medizin-Fachjournals The Lancet birgt der Klimawandel schwere Gesundheitsrisiken. In einem wärmeren Klima verbreiten sich Infektionskrankheiten nicht nur rascher, die Autoren warnen sogar davor, dass der Klimawandel den gesamten Fortschritt der vergangenen 50 Jahre gefährden könnte.

Mehrere Dutzend Forscher von UN- und anderen Einrichtungen weisen in der Studie „The Lancet Countdown 2019“ auf

die zunehmende Luftverschmutzung hin. Ein Grund dafür sind Wald- und Buschbrände, wie sie momentan in Australien wüten. Die Brände waren allerdings bei der Veröffentlichung des Berichts noch nicht ausgebrochen und werden folglich nicht erwähnt.

Hauptverantwortlich für die Verschlechterung der Luftqualität sind aber fossile Energieträger. Mit Blick auf die öffentliche Gesundheit sieht Hauptautor Nicholas Watts die wichtigste Aufgabe darin, den Verbrauch fossiler Energien zu reduzieren. Laut der Studie starben allein 2016 7 Millionen Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung. Die Wissenschaftler mahnen, wenn sich der Energiesektor nicht drastisch ändere, werde sich die Situation weiter verschlimmern. Eine Umstellung auf regenerative Energien würde auch den Klimawandel an sich abschwächen.

Die Autoren dringen auf die Einhaltung des Pariser Vertrags. Wenn die Weltgemeinschaft es versäumt, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen, werden heute geborene Kinder im Alter von 71 Jahren in einem mehr als vier Grad wär-

meren Weltklima leben. „Jedes Kind, das heute auf die Welt kommt, wird erheblich vom Klimawandel betroffen sein“, schreiben die Autoren.

UNTERERNÄHRTE KINDER

Seit 2014 ist die Zahl unterernährter Menschen weltweit stetig gestiegen. Besonders betroffen sind Kinder unter fünf Jahren, heißt es im Lancet Countdown. Unterernährung führt zu Wachstumsstörungen und -verzögerungen und vielen anderen Gesundheitsfolgen. Eine große Rolle spielen dabei Angebot, Zugang und Erschwinglichkeit von Nahrungsmitteln. In einem heißeren Klima sind die Ernten schlechter, dies treibt Nahrungsmittelpreise in die Höhe. Die Daten der Studie zeigen auch, dass das globale Ertragspotenzial in den vergangenen drei Jahrzehnten konstant rückläufig war: bei Reis um drei Prozent, bei Mais um vier Prozent und bei Winterweizen sogar um sechs Prozent.

Steigende Wassertemperaturen, Extremwetterereignisse und die Übersäuerung der Ozeane wirken sich auch negativ auf den Fischfang aus. Fisch ist eine wichtige Proteinquelle für 3,2 Milliarden Menschen, besonders in Entwicklungs- und Schwellenländern. Eine eiweißarme Ernährung schlägt auf die Gesundheit, warnen die Wissenschaftler.

Hinzu kommen Infektionskrankheiten, die in wärmeren Temperaturen wieder aufleben. Moskitos, die das Denguefieber

übertragen, können besser überleben. Neun von zehn Jahren mit der größten Wahrscheinlichkeit für Denguefieber-Infektionen sind seit der Jahrtausendwende verzeichnet worden. Die Autoren halten Denguefieber für die sich am schnellsten ausbreitende Krankheit. Sie bedrohe die Hälfte der Weltbevölkerung.

Im Bericht heißt es außerdem, wenn hitzebedingt Gesundheitsprobleme auftreten, zeige sich das häufig in einer verminderten Arbeitsproduktivität. 2018 gingen demnach wegen gestiegener Temperaturen 30 Prozent mehr potenzielle Arbeitsstunden verloren als 2000.

Das Gesamtbild ist eindeutig: Wie stark der Klimawandel die Gesundheit der Menschen beeinträchtigen wird, hängt von ihrem Wohlstand ab. Arme Menschen sind am meisten betroffen. Poornima Prabakaran ist eine der Autorinnen und tätig an der öffentlich-privaten Forschungseinrichtung Public Health Foundation in Indien. Ihr zufolge werden nur wenige Länder von den Gesundheitsfolgen des Klimawandels so stark betroffen sein wie Indien. Sie nennt

Gründe wie die große Bevölkerungszahl, große Ungleichheiten bei der Gesundheitsversorgung, Armut und Mangelernährung. Durchfallkrankheiten seien die Hauptursache für die Kindersterblichkeit in Entwicklungsländern. Mit steigenden Temperaturen verschlimmere sich die Situation.

WOHLHABENDE WELTREGIONEN

Der Bericht betont, dass die Menschheit immer noch zu viel fossile Energien verbrennt und die globalen Emissionen weiter hochtreibt. China, Indien und Südostasien verheizen weiterhin viel zu viel Kohle, was zu katastrophaler Luftqualität führt. Allerdings sind auch wohlhabende Regionen nicht vor der steigenden Luftverschmutzung gefeit. Feinstaub der Partikelgröße kleiner als 2,5 Mikrometer (PM 2,5) verursacht schwere Herz-Kreislauf- und Atemwegserkrankungen. Selbst wenn die Feinstaubwerte 100 Jahre auf dem Stand von 2016 stehenblieben, würde die durchschnittliche Lebenserwartung in Europa um fast sechs Monate sinken.

Weitere Gesundheitsrisiken für reiche Länder sind Hitzewellen, besonders in Europa und im östlichen Mittelmeerraum. Dort überaltert die Bevölkerung und ist deshalb besonders gefährdet. Hinzu kommt ein steigendes Risiko für nichtübertragbare Krankheiten. Gleichzeitig weisen die Autoren auf zunehmende Waldbrände hin, besonders in Indien und China.

Die Studie würdigt aber auch einige Erfolge:

- China ist weniger abhängig von Kohle;
- in Europa ist die Luftqualität insgesamt besser geworden;
- etwa die Hälfte aller Länder hat Klimanotfallpläne erarbeitet.

Die Autoren loben auch, dass sich die Gesundheitssysteme zunehmend an die neuen Bedürfnisse der Menschen anpassen. Sie machen jedoch gleichzeitig deutlich, dass noch viel mehr getan werden muss – und zwar bald.

LINK

The Lancet Countdown 2019:

<http://www.lancetcountdown.org/2019-report>

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



HANDEL UND MIGRATION

Fluchtursachenbekämpfung

Handelsabkommen können langfristig zur Bekämpfung von Fluchtursachen beitragen. Doch dafür müssen sie auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden und ökologische und soziale Aspekte einschließen. Auch Entwicklungsminister Gerd Müller fordert entsprechende Veränderungen.

Von Dagmar Wolf

Auch wenn andere Faktoren entscheidender dafür sind, dass Menschen ihre Heimat verlassen – darunter Kriege und Klimaveränderungen –, wirkt sich auch Handel auf Migration aus. Eine kürzlich erschienene Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) nimmt diese Zusammenhänge unter die Lupe.

Laut der Studienautorin Eva Schmiege wirkt sich Migration immer positiv auf Handelsströme aus und vertieft die Handelsbeziehungen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeländern. Migranten sorgten vor allem im Aufnahmeland für einen Anstieg von Ex- und Importen. Dies gelte umso mehr für hochqualifizierte Arbeitskräfte, die besonders mobil sind. Für die Herkunftsländer sei dieser „Braindrain“ allerdings ein herber Verlust. Ihnen gingen nicht nur die Investitionen in die Ausbildung der Ausgewanderten verloren, sondern auch Steuereinnahmen.

Besonders davon betroffen ist Subsahara-Afrika. Einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge leben mehr als 20 Prozent der Menschen, die eine tertiäre Ausbildung in Subsahara-Afrika durchlaufen haben, heute in reichen Industrieländern. Andererseits erweise sich die Diaspora durch Rücküberweisungen und Investitionen für die Herkunftsländer als wichtige Quelle von Kapital, Wissen und Technologie (siehe hierzu auch Sabine Balk im Monitor von E+Z/D+C e-Paper 2019/10).

Handel und Handelsabkommen können sich laut der SWP-Studie sowohl positiv als auch negativ auf Migration auswirken. Einerseits sei die Außenorientierung eines Landes ein wichtiger Faktor für Wirtschaftswachstum. Doch die Weltmarktintegration führe keineswegs automatisch zu weniger Armut: Die ökonomischen Veränderungen

könnten auch Arbeitslosigkeit oder gar den Zusammenbruch ganzer Sektoren nach sich ziehen. Die Betroffenen machten sich dann auf den Weg, um in anderen Ländern ihre Chancen zu verbessern.

Aber auch wenn Marktintegration zu einer Einkommenssteigerung führt, könne dies Migration erst einmal anheizen: Schließlich seien Menschen erst ab einem bestimmten Einkommensniveau in der Lage auszuwandern, schreibt Schmiege. Erst langfristig könnten neue Handelsströme und Wachstum zu



Internationale Studenten in Amsterdam in einem Managementkurs über die Versorgung mit Arzneimitteln in Entwicklungsländern.

weniger Migration führen. Entscheidend dafür sei, dass Handelsabkommen so ausgestaltet sind, dass sie auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum in den Partnerländern abzielen. Marktintegration müsse mit einer Sozial- und Verteilungspolitik einhergehen, die die negativen Folgen für die Menschen abfedert.

Es gibt bereits zahlreiche Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Afrika. Ihre Ausgestaltung entspricht laut der Autorin schon weitgehend den Erfordernissen nachhaltiger Entwicklung, allerdings könne an vielen Stellen auch noch nachgebessert werden. So seien die Abkommen bisher in erster Linie auf Warenhandel beschränkt und enthielten keine expliziten Aussagen zum Thema Migration. Auch seien Dienstleistungen bislang ausgeklammert.

In alle bereits bestehenden Freihandelsabkommen könnten ökologische und soziale Aspekte des Handelns und Wirtschaftens eingebaut werden. Schmiege hält Nachverhandlungen auf Augenhöhe zwischen den Partnerländern für sinnvoll, um eine ausbalancierte Ausgestaltung der Abkommen zu erreichen. Dann könnten sie zu nachhaltiger Entwicklung und somit langfristig auch zur Fluchtursachenbekämpfung beitragen.

Dringenden Handlungsbedarf sieht auch Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, wie er kürzlich im Handelsblatt ausführte. Im Zuge der deutschen EU-Ratspräsidentschaft fordert er eine komplette Neugestaltung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Afrikanischen Union. Dieser „EU-Afrika-Pakt“ sollte vier Punkte umfassen:

- Er soll gegen Hunger und Armut sein.
- Die EU soll ihren geplanten Green Deal auf Afrika ausweiten.
- Der Pakt soll ein Abkommen über Sicherheit und Migration umfassen.
- Er soll einen Neuanatz für faire Handelsbeziehungen bieten.

QUELLEN

Müller, G., 2020: „Der EU-Afrika-Pakt muss ein Jahrhundert-Vertrag werden“. Interview im Handelsblatt, 10.01.2020.

Schmiege, E., 2019: Zusammenhänge zwischen Handelspolitik und Migration. Ein Aktionsfeld für die EU. Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik. SWP-Studie 22.

https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2019S22_scm_Web.pdf

Seriöse Informationen erkennen

Community-Radios geht es um mehr als Information und Unterhaltung: Sie wollen ihre Expertise mit ihren Hörern teilen, vor allem den jungen. Zudem legen sie Wert auf die Interaktion mit ihnen.

Radio Sónica, wo ich als Journalistin arbeite, hat unter anderem Expertise darin entwickelt, wahre, nützliche Informationen von schlechten, irreführenden zu unterscheiden. In einem Medienprojekt gibt der Sender dieses Wissen in Schulen in Guatemala-Stadt weiter. Damit wollen wir unseren jungen Hörern bessere Möglichkeiten an die Hand geben, zu beurteilen, was sie in den Medien lesen, sehen oder hören.

Radio Sónica ist öffentlich finanziert und setzt sich für freie Meinungsäußerung, kritisches Denken und die aktive Teilnahme junger Menschen an öffentlichen Diskursen ein. Unser mobiles Studio ermöglicht den Schülerinnen und Schülern, eine Live-Sendung hautnah zu erleben. Unser Medientraining umfasst fünf Bereiche: digitale Sicherheit, Faktenprüfung, freie Meinungsäußerung, die Nutzung traditioneller Medien wie Rundfunk und Zeitungen und die Nutzung sozialer Online-Medien. Wichtige Botschaften sind zum Beispiel:

- Verwende sichere Passwörter, um deine Privatsphäre in den sozialen Medien zu schützen.
- Verlasse dich niemals auf eine einzige Quelle, sondern vergleiche, was verschiedene Medien berichten, und benutze

deinen gesunden Menschenverstand, um einzuschätzen, was stimmt und was nicht.

- Achte darauf, ob ein Bericht alle wichtigen „W-Fragen“ beantwortet: Wer hat was, wann, wo und warum getan? Fehlen diese Informationen, ist der Wahrheitsgehalt schwieriger zu überprüfen, und die Wahrscheinlichkeit, dass etwas erfunden ist, steigt.
- Gute Medienberichte legen offen, woher die Informationen stammen, und wenn sie mehr als eine Quelle zitieren, sind sie vertrauenswürdiger.
- Traditionelle Medien halten die journalistischen Regeln tendenziell, aber nicht immer, strenger ein als Individuen, die in sozialen Medien aktiv sind.
- Wenn etwas in deinem Facebook-Account erscheint, prüfe, was andere Quellen zu dem Thema berichten und ob sie alle zu der gleichen „Filterblase“ gehören.

2019 war das mobile Studio an 70 Schulen und hat 1822 Schüler erreicht. Unsere Trainer betonen den Unterschied zwischen nützlichen Informationen und solchen, die man besser nicht weiterverbreitet. „Ich werde jetzt keine schwulenfeindlichen, rassistischen oder sexistischen Memes mehr teilen, denn wenn ich das mache, verbreite ich sie weiter“, sagte ein Schüler in einer Feedback-Runde.

Ein sicherer Umgang mit sozialen Medien ist vielen jungen Menschen besonders wichtig. Sie wollen mit der Welt da draußen kommunizieren, aber sie müssen auch aufpassen, Verbrechern im Netz nicht zum Opfer zu fallen. „Ich habe gelernt, wie wichtig es ist, starke Passwörter für meine Profile zu verwenden“, sagte ein anderer Teilnehmer.

Die Schülerinnen und Schüler erhalten auch allgemeinere Vorstellungen davon, wie sie sich in öffentliche Diskurse einbringen können. Wir vermitteln ihnen die wichtige Botschaft, dass ihre Ansichten zählen. „Sie haben uns die Möglichkeit gegeben, uns zu äußern“, sagte mir ein Schüler. „Niemand kommt an unsere Schule. Aber Sie haben das gemacht, und ich habe viel gelernt.“



GILDANELIZ BARRIENTOS
ist Journalistin in
Guatemala und leitet das
Medienkompetenz-Projekt
von Radio Sónica.

gildacol54@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
61. Jg. 2020
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Dirk Messner, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum
genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Monika Hellstern, Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit
und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die
Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter
Societät GmbH (60%).
Artdirector: Sebastian Schöpssau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in
E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and
Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit
Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei
Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen
Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt
nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige
Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat
und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle
die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,
Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



ECOWAS

Erste Schritte

Kurz vor Weihnachten verkündeten die Präsidenten von Frankreich und der Elfenbeinküste das Ende des westafrikanischen CFA-Franc. Diese Währung ist ein koloniales Erbe und wird von mehreren frankophonen Ländern benutzt. Afrikanische Ökonomen sagen aber schon lange, Frankreich habe zu großen Einfluss auf die Geld- und Währungspolitik. Dennoch behagen die neuen Reformvorschläge längst nicht allen.

Von Karim Okanla

Im Dezember erstattete der französische Präsident Emmanuel Macron seinem ivorianschen Amtskollegen Alassane Ouattara einen Staatsbesuch in Abidjan. Zusammen kündigten sie an, der CFA-Franc werde von einer neuen Währung namens Eco ersetzt werden. Ehemalige französische Kolonien nutzen den CFA-Franc seit fast 75 Jahren. Sein Wechselkurs ist an den Euro gebunden und war zuvor an den französischen Franc geknüpft.

Zwei separate Währungsgemeinschaften verwalten den CFA-Franc: die UEMOA (Union Economique et Monétaire Ouest Africaine) in Westafrika und die CEMAC (Communauté Economique et Monétaire de l'Afrique Centrale) in Zentralafrika. Die im Dezember angekündigten Reformen betreffen nur die UEMOA, aber ähnliche Schritte

sind auch für die CEMAC zu erwarten. Die Zentralbank der UEMOA ist in Dakar. Diese Währungsunion hat acht Mitglieder, zu denen auch das portugiesisch-sprachige Guinea-Bissau gehört. Dagegen ist die ehemalige französische Kolonie Guinea-Conakry kein Mitglied.

Der CFA-Franc steht seit langem in der Kritik. Positiv ist sein stabiler Wechselkurs, der aber auch einen großen Nachteil hat: Er spiegelt die europäische Wirtschaftsleistung wider und ist für afrikanische Exporteure überteuert. Rohstoffausfuhren funktionieren noch, aber Weiterverarbeitung für Ausfuhrzwecke rechnet sich kaum. Für Unmut sorgt zudem, dass die Mitgliedsländer die Hälfte ihrer Währungsreserven in Frankreich halten müssen und dass Frankreich ein Mitglied im Zentralbankrat stellt.

Macron und Ouattara wollen die letzten beiden Punkte ändern. Westafrikanische Währungsreserven kämen nach Afrika und es gebe keinen französischen Sitz im Zentralbankrat mehr. Der Eco würde also den politischen Spielraum westafrikanischer Staaten erweitern. Die Bindung an den Euro soll aber fortbestehen. Das finden viele nicht akzeptabel. Der senegalesische Ökonom Demba Mossa Dembélé sagt beispielsweise: „Wir können nicht so tun, als wären wir unabhängig, wenn der Eco mit

festem Wechselkurs an den Euro gebunden bleibt.“

An den internationalen Kapitalmärkten wird zudem bezweifelt, dass Frankreich die Wechselkursgarantie tatsächlich immer einhalten wird. Feste Wechselkurse können nämlich zu schweren Finanzkrisen führen, wenn sie allzu sehr vom tatsächlichen Binnenwert einer Währung abweichen. In solchen Situationen sind hohe Schulden besonders gefährlich.

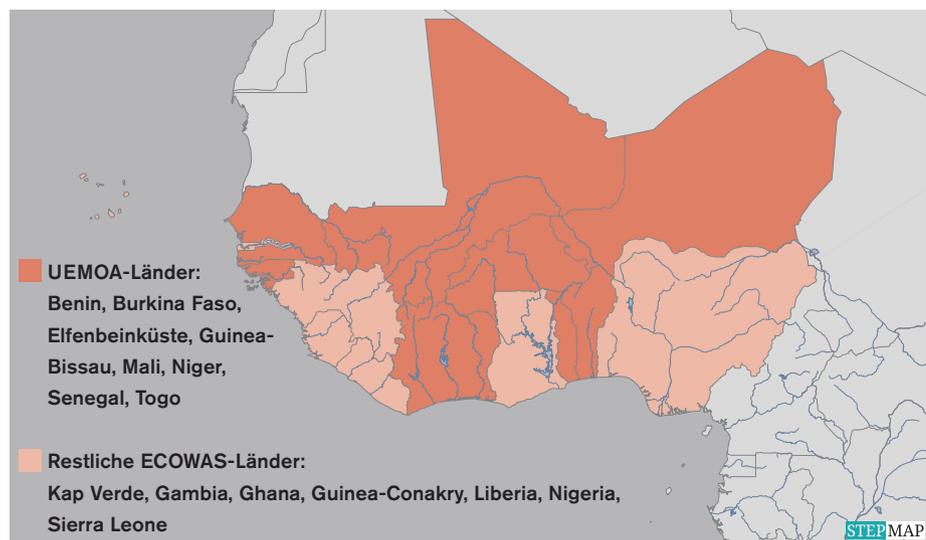
Die Entscheidungsträger der UEMOA-Staaten müssen diese Dinge sorgfältig erwägen. Die angekündigten Reformen deuten in die richtige Richtung, aber erhebliche Einschränkungen würden fortbestehen. Afrikanische Regierungen sollten weitere Reformen in Betracht ziehen.

Indessen haben Macron und Ouattara aber auch gezeigt, dass es ihnen nicht nur um einen Ersatz für den CFA-Franc geht. Vielmehr sollte der Eco ihnen zufolge langfristig zur gemeinsamen Währung der Mitglieder der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS – Economic Community of West African States) werden. Zu ihr gehören neben den UEMOA-Ländern auch mehrere anglophone Staaten.

Nigerias Finanzministerin Zainab Ahmed hat die Ankündigungen von Abidjan auch schon scharf kritisiert. Sie betonte, ECOWAS-Gremien hätten dazu nichts beschlossen.

Andererseits gibt es seit langem Pläne für eine gemeinsame Währung für alle ECOWAS-Mitglieder. Sie sind aber nie wirklich vorangekommen. Mehrere Dinge müssten zunächst geklärt werden, wie etwa Konvergenzkriterien für die Mitgliedschaft und die Harmonisierung der nationalen Wirtschaftsstatistiken. Aus nigerianischer Sicht sollte zuvor auch eine Zollunion errichtet werden.

Es gibt keinen erkennbaren Grund, weshalb anglophone westafrikanische Länder eine Währung übernehmen sollten, auf die Frankreich weiterhin erheblichen Einfluss hat. Entsprechend ärgert es deren Entscheidungsträger, dass der Name „Eco“ wegen der gleichlautenden ersten Buchstaben nahelegt, er gehöre zur ECOWAS.



KARIM OKANLA
ist Mediendozent und freier Autor. Er lebt in Benin.

karimokanla@yahoo.com

UNSERE SICHT

Chaos und Verwirrung

Seit drei Jahren ist Donald Trump US-Präsident. Es hat sich gezeigt, dass seine unilaterale Außenpolitik nicht funktioniert. Das gilt nicht nur im Nahen Osten.

Von Hans Dembowski

Als die jüngste Krise mit Iran eskalierte, drohte Trump, kulturelles Erbe zu zerstören, was auf Kriegsverbrechen hinauslief. Später nahm er davon Abstand. Seiner Meinung nach sollen nun andere Länder Druck auf Iran machen, um ein neues Abkommen zu erreichen, das Iran vom Bau von Atomwaffen abhält. Absurd daran ist, dass es die jüngste Eskalation gar nicht gegeben hätte, wäre Washington nicht aus dem bestehenden Abkommen ausgestiegen.

Laut Weißem Haus hat der tödliche US-Angriff auf General Qasem Soleimani am 3. Januar die Welt sicherer gemacht. Wer beim Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine wenige Tage später Angehörige verlor, sieht das sicherlich anders. Für dieses Massaker ist Irans Führung verantwortlich – aber die gefährliche Eskalation startete mit Trumps Ausstieg aus dem Atomdeal. Die Situation bleibt explosiv. In Iran schossen im Januar Sicherheitskräfte auf protestierende Bürger, während US-Medien darüber debat-

tierten, ob die Tötung Soleimanis überhaupt rechtmäßig war – und über Trumps Amtsenthebungsverfahren. Die permanenten Lügen und das erratische Verhalten verschärften innen- wie außenpolitische Krisen.

Ende Januar verkündeten Trump und Israels Premier Benjamin Netanyahu einen „Friedensplan“. Palästinenser waren weder an Entwurf noch Präsentation beteiligt. Der neo-konservative Washington-Post-Autor Max Boot hält ihn für eine „PR-Kampagne“ zugunsten zweier Politiker mit großen innenpolitischen Problemen. Es gehe um „Augenwischerei für Israels Griff nach Macht und Land“. Zu Redaktionsschluss schien es wahrscheinlich, dass Netanyahu sehr bald Israels illegale Siedlungen auf besetztem palästinensischem Land annectieren würde. Er fühlt sich ermutigt, weil Trump von internationalen Abkommen abrückt, die seit fast drei Jahrzehnten Säulen der US-Außenpolitik waren. Der neue Ansatz hilft allerdings islamistischen Fanatikern bei der Mobilisierung – und das gilt auch für die Mullahs im Iran.

Wenn eine Supermacht kein Vertrauen genießt, kann sie selbst sich nicht auf Partner verlassen. Wenn Regeln nicht für alle gelten, fühlt sich niemand gebunden. Trump stiftet Chaos und Verwirrung.

Die Missachtung globaler Regeln und diplomatischer Konventionen macht die USA auch auf anderen Politikfeldern schwächer.

Das System des Welthandels ist derzeit schwer erschüttert. Trumps Handelskriege verschrecken Investoren. Das Weiße Haus hat ein vorläufiges Abkommen mit China erreicht, aber die wichtigsten Fragen bleiben offen. Diverse Handelskonflikte schweilen, aber das Streitschlichtungssystem der Welthandelsorganisation WTO funktioniert wegen US-Obstruktion nicht mehr. Das Weiße Haus hat die Richterberufung blockiert.

Vor einem Jahr versprach Trump, seine Sanktionen würden dazu beitragen, den autoritären venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro aus dem Amt zu treiben. Obwohl sich andere Regierungen, einschließlich der deutschen, seiner unilateralen Initiative schnell anschlossen, ist Maduro weiterhin an der Macht.

Derweil hat Nordkorea die nuklearen Ambitionen nicht aufgegeben. Es kündigt neue „strategische“ Bewaffnung an.

Unterdessen erhitzt sich die Erdatmosphäre weiter. Die Wirbelstürme, die 2017 in Puerto Rico und Houston verheerende Schäden anrichteten, waren Beispiele für schlimmer werdende Extremwetterlagen. Waldbrände in Kalifornien 2018 – und noch tragischer in den vergangenen Wochen in Australien – belegen ebenfalls, dass selbst reiche Nationen bedroht sind. Dennoch bestreitet Trump weiter die Klimawissenschaft – wie das auch Australiens rechtspopulistischer Premierminister Scott Morrison tut. Beide Politiker bremsen multilateralen Klimaschutz bislang nach Kräften.

Die Erderwärmung ist ein globales Problem. Sie erfordert globales Handeln. Die Menschheit muss Emissionstrends schnell umkehren, wenn sie die Klimakrise in den Griff bekommen will. Sonst wird die Weltordnung weiter destabilisiert, während sich vielerorts bestehende Spannung zuspitzen.

Nur multilaterale Politik kann das Klima schützen und den Frieden sichern. Verantwortliche Führungspersonlichkeiten weltweit müssen sich unverantwortlichen Populisten, die das globale Gemeinwohl unterhöheln, entgegenstellen. Nötig sind Bündnisse, die der aktuellen US-Regierung entschlossen entgegentreten. Dafür gäbe es auch Partner in den USA selbst – im Kongress, auf Ebene der Staaten, in der Wirtschaft und in der Zivilgesellschaft.



Friedens-Demonstrant in Washington.

EU-SICHERHEITSPOLITIK

Weit weg von gemeinsamer Armee

Auch wenn Politiker immer wieder die Notwendigkeit einer eigenen schlagkräftigen EU-Armee betonen, liegt ihre Umsetzung in weiter Ferne.

Von Julia Egleder

Anfang Januar 2020 töteten die USA den iranischen General und Anführer der Quds-Brigaden Qasem Soleimani und lösten dabei fast einen Krieg im Nahen Osten aus. Und was tut die EU? Der deutsche Außenminister Heiko Maas appellierte an die Vernunft der Beteiligten, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Außenbeauftragter Josep Borell warnten vor einer weiteren Eskalation. Sonst nichts. „Um im Nahen Osten Einfluss auszuüben, müssten die Europäer militärisch vor Ort präsent sein“, sagt Markus Kaim von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Und sie müssten geschlossen und mit einer Stimme agieren. In beidem ist die EU bisher nicht gut.

Zum Ersten: Die EU hat kein eigenes Militär, das es zum Beispiel in den Nahen Osten senden könnte. Die EU-Mitgliedstaaten halten an ihren eigenen Armeen fest. Die wenigen militärischen Ausbildungsmissionen, die unter EU-Flagge laufen und zu denen die Mitgliedstaaten Soldaten der ei-

genen Armeen stellen, bewirken in den Einsatzländern fast nichts, weil sie mit wenig Personal und Befugnissen ausgestattet sind.

Spitzenpolitiker in wichtigen EU-Ländern betonen zwar immer wieder ihren Wunsch nach einer EU-Armee. „Wir wollen eine Truppe aufstellen, die ‚Armee der Europäer‘, die, wenn es eine Krise gibt, wenn Europa gefragt ist, schnell einsatzfähig ist“, sagte vor zwei Jahren die damalige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Doch das Projekt „EU-Armee“ kommt allenfalls in Trippelschritten voran. Es gibt zwar einzelne Inseln der Zusammenarbeit – die Niederländer haben zum Beispiel Soldaten in die deutsche Panzertruppe integriert – aber es bleiben Einzelprojekte. Der deutsche Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels hofft zwar, dass aus diesen „Inseln“ der Zusammenarbeit in naher Zukunft ein tragfähiges gemeinsames „Festland“ entstehen wird, doch ist diese Hoffnung allzu optimistisch. Ist doch für eine EU-Armee, die womöglich das Militär der einzelnen Länder ersetzt, vor allem eins nötig: ein gemeinsamer Plan, unterschrieben von allen EU-Staaten, wie eine solche neue Armee aussehen soll und wozu man sie einsetzen möchte.

Aber schon bei der Frage, wer eigentlich die eigene Sicherheit bedroht, gehen

die Meinungen unter den EU-Mitgliedstaaten weit auseinander. Die Balten haben Angst vor Russland. Italien, Frankreich und Spanien machen eher die Entwicklungen in Afrika Sorgen. Sie fürchten sich vor Terrorismus in den Sahelstaaten – oft ehemalige Kolonien – und vor großen Migrationsbewegungen in Richtung Europa. Kein Staat möchte es sich nehmen lassen, wenn nötig militärisch so vorzugehen, wie man es selbst für richtig hält. Beispiel Mali: Dort führen die Franzosen ihre eigene Anti-Terrormission, während die Deutschen sowohl in einer EU-Ausbildungsmision malische Soldaten an Gewehren schulen als auch als Teil einer UN-Mission ein Friedensabkommen überwachen. Ein gemeinsames koordiniertes Vorgehen – allein zwischen den beiden europäischen Großmächten Deutschland und Frankreich – ist in diesem Krisenland nicht zu erkennen.

Auch in Sachen Rüstung hinkt die EU ihrer Rhetorik noch weit hinterher. Immer noch gibt es ein Sammelsurium an verschiedenen Panzer-, Flugzeug- und Schiffstypen in Europa. Das kostet viel Geld und erschwert die effektive Zusammenarbeit der Armeen etwa bei gemeinsamen Übungen und Auslandseinsätzen. Zwar gibt es auch hier Initiativen zur Harmonisierung, wie PESCO (Permanent Structured Cooperation) oder den Europäischen Verteidigungsfonds, die gemeinsame Rüstungsprojekte zwischen EU-Ländern fördern sollen. Trotzdem entscheiden immer noch die nationalen Regierungen über die wichtigen Rüstungsprojekte und ihnen sind meist die eigenen Wähler oder Arbeiter in der heimischen Rüstungsindustrie näher als Europa.

Die Deutschen planen heute zwar ihre prestigeträchtigsten und teuersten Projekte gemeinsam mit Frankreich – wie etwa den Kampffjet der Zukunft oder den Kampfpanzer der nächsten Generation – aber europäische Projekte sind das damit noch lange nicht. Denn die Polen oder Italiener kaufen lieber von den Amerikanern den allerneuesten Kampffjet F35. Ein gemeinsames Vorgehen sieht anders aus.



JULIA EGLEDER
ist Redakteurin bei dem
Magazin für Sicherheitspolitik
Loyal.

Julia.Egleder@fazit-communication.de



Der Eurofighter – hier in Mecklenburg-Vorpommern – ist ein gemeinsam entwickelter Kampffjet einiger EU-Staaten, aber kein EU-Projekt.

URBANISIERUNG

Straße zum Wohlstand

In vielen Entwicklungsländern kümmern sich politische Entscheidungsträger kaum um kleine und mittlere Städte. Dabei wachsen diese oft rasant – nur die bestehende Infrastruktur hält nicht mit. Das muss sich dringend ändern, wie etwa das Beispiel der Stadt Tamale im Norden Ghanas zeigt.

Von Maxwell Suuk

Tamale ist eine Stadt mit 360 000 Einwohnern. Betrachtet man die Straßen in und um die Stadt, würde niemand auf die Idee kommen, dass es eine der am schnellsten wachsenden Städte Westafrikas ist. Die Straßen sind marode und nicht instand gehalten, wegen der tiefen Schlaglöcher haben alle Arten von Fahrzeugen ständig Pannen. In der Regenzeit ist alles voller Schlamm. Nachts zu reisen ist doppelt gefährlich, da kaum ein Straßenlicht funktioniert.

Dabei entwickelt sich Tamale gerade zu einem regionalen Wirtschaftszentrum, das die Bauern der umliegenden Gemeinden mit den Märkten im Süden des Landes verbindet und den Handel mit Togo im Osten und dem Binnenstaat Burkina

Faso im Norden ermöglicht. Tamale liegt auch strategisch günstig: als Drehscheibe für den Handel mit Ghana und anderen Mitgliedstaaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Economic Community of West African States – ECOWAS), darunter Niger, Nigeria, Mali und Elfenbeinküste.

Tamale ist der Bevölkerungszahl nach Ghanas drittgrößte Stadt, nach Accra und Kumasi. Wegen ihrer wichtigen Lage im Norden des Landes und den daraus resultierenden Handelsmöglichkeiten bietet die Stadt ein Beispiel dafür, wie gute Infrastruktur das Wirtschaftswachstum einer Region fördern kann.

Die Weltbank erkannte die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt und gewährte ihr 2017 ein Darlehen von 150 Millionen Dollar. Damit sollen die Hauptstraße zwischen Tamale und Tatala an der Ostgrenze zu Togo sowie Zubringerstraßen von etwa 200 Kilometer Länge ausgebaut werden. Diese verbinden die umliegenden landwirtschaftlichen Gebiete mit den städtischen Märkten.

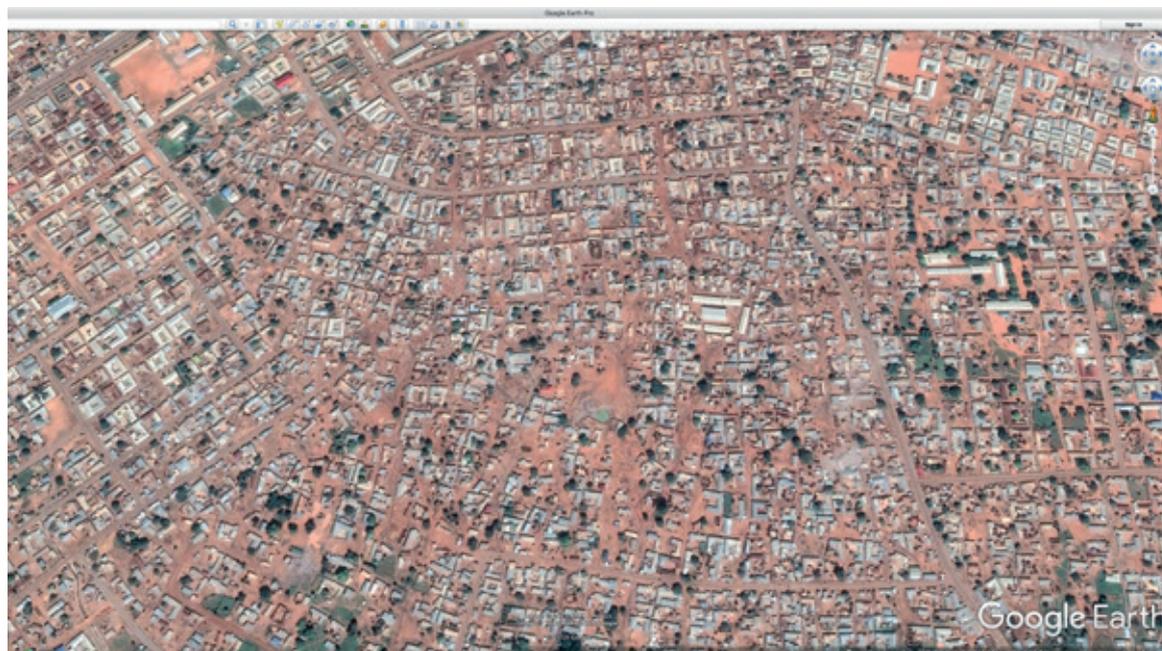
Zudem hat Ghana einen Vertrag mit der chinesischen Sinohydro Corporation

über den Bau eines Verkehrsknotenpunkts geschlossen, der den Stadtverkehr entlasten soll. Das Tamale-Interchange-Projekt, das den Bau von zehn Kilometer langen Verbindungsstraßen zu diesem neuen Verkehrsknotenpunkt umfasst, könnte bis Ende 2021 abgeschlossen sein.

Solche Projekte – und überhaupt die Auseinandersetzung mit der Verkehrsinfrastruktur – sind dringend nötig. Bisher mindern die schlechten Verkehrsverbindungen Tamales Potenzial als Wirtschaftszentrum. Eine bessere Anbindung würde Bauern den Markt zugänglich machen und jegliche Geschäftstätigkeit erleichtern. Verstopfte Straßen, auf denen weder Recht noch Gesetz herrschen, verlangsamen hingegen das Wirtschaftswachstum.

Warnende Stimmen kommen aus dem Tourismus. Der niederländische Tourist Anakin erlebte kürzlich auf einer Reise nach Tamale weit Schlimmeres als Schlaglöcher. „Bewaffnete Räuber haben unser Auto angegriffen und uns Geld und Telefone weggenommen“, erzählt er. „Genau dort, wo die Straße schlecht war und der Fahrer langsam fahren musste.“ Wegen der schlechten Straßenverhältnisse und der somit ansteigenden Kriminalität meiden viele Touristen historische Stätten wie den Sklavenmarkt von Salaga in der Nähe von Tamale.

Verbrechen, die man in der Stadt bisher nicht kannte, nehmen zu – einige davon sind auf die schlechten Straßenverhältnisse



Während der Regenzeit werden die Straßen in Tamale zu Schlamm.

zurückzuführen. „Früher gab es hier keine Entführungen und Autodiebstähle, jetzt gibt es das alles bei uns,“ sagt der in Tamale lebende Dauda Ali.

Tückisch sind die Straßen Tamales jedoch auch ohne Kriminalität. Stau und ein aggressiver Fahrstil machen den Verkehr chaotisch. Fußgänger überqueren achtlos die Straßen, streunende Tiere blockieren die Fahrbahnen.

Klar ist: Kleine, strategisch günstig gelegene Städte wie Tamale können nur dann eine Schlüsselrolle für die regionale Wirtschaft spielen, wenn die Infrastruktur mit dem Wachstum Schritt hält. Das gilt für schnell wachsende Kleinstädte in ganz Afrika, Südasien, Südostasien und Lateinamerika gleichermaßen.

ALLTÄGLICHER ÄRGER

Behutsam steuert Abdul Ganiyu Mahama sein motorisiertes Dreirad und versucht erfolglos, Schlaglöchern auf der Straße zwischen dem bei Tamale gelegenen Kpalsi und dem Stadtzentrum auszuweichen. Das Dreirad, mit dem er sein Liefergeschäft betreibt, geht regelmäßig kaputt. „Pro Woche bin ich etwa viermal bei der Reparatur. Man muss immer vorsichtig fahren. Das behindert das Geschäft. An

manche Orte fahre ich sogar nicht, weil die Straßen zu unsicher sind“, sagt er.

Das Problem betrifft viele. „Es ist mühsam, landwirtschaftliche Produkte aus abgelegenen Gebieten über marode Straßen auf den Markt zu bringen“, sagt die Getreidehändlerin Mariama Abubakari. „Besonders problematisch ist es in der Regenzeit, weil dann kaum ein Lastwagen fahren kann“, ergänzt sie. „Die meisten Fahrer meiden solche Straßen. Wer sie doch befährt, verlangt wegen der hohen Pannengefahr viel Geld dafür. Am Ende geht das meiste deiner Einnahmen für den Transport drauf.“

Das ghanaische Ministerium für Autobahnen erkennt den Handlungsbedarf – 61 Prozent der Straßen sind seiner Einschätzung nach schlecht. Das Land benötigt für die Reparaturen bis zu zehn Milliarden ghanaische Cedis, etwa 1,6 Milliarden Euro.

Es ist unvorteilhaft, dass drei Behörden für Ghanas Straßen zuständig sind: das Department of Urban Roads für die Stadtstraßen, eine andere Behörde für die Zubringerstraßen und die Ghana Highways Authority für die innerstädtischen Hauptverkehrsadern.

In vielen Entwicklungsländern haben kommunale und städtische Behörden bei der lokalen Infrastruktur kaum ein Mitsprache-

recht. Das ist ein destruktives koloniales Erbe: Unter ausländischer Herrschaft wurden alle wichtigen Entscheidungen in der Hauptstadt getroffen.

Ungünstig ist auch, dass es in der Region Tamale keinen modernen internationalen Flughafen gibt, auf dem große Gütermengen abgefertigt werden könnten. Und dass in der Region viele Bauten ohne Genehmigung errichtet wurden, macht die Flächennutzung schwer planbar.

Kern des Problems ist: Viele Straßen in und bei Tamale wurden vor Jahrzehnten entsprechend den damaligen Bedürfnissen der Bevölkerung gebaut. Während Bevölkerung und Verkehr wuchsen, blieb das Straßennetz, wie es war.

Auch der Personen- und Gütertransport auf verstopften Straßen ist Teil des Problems. Zudem begünstigen chaotische Bedingungen und unzureichende polizeiliche Überwachung Kriminalität. „Sicher ist es hier nicht“, bestätigt Mohammed Kande Ruth, der im Zentrum von Tamale Kleidung verkauft.



MAXWELL SUUK
arbeitet als Journalist in
Ghana.

Twitter: @MaxwellSuuk

PAKISTAN

Todesurteil für früheren Diktator

Pervez Musharraf – der General und ehemalige Präsident Pakistans – ist wegen Hochverrats verurteilt worden. Diese Entscheidung ist historisch bedeutsam. Eine Rechtswissenschaftlerin aus Lahore schätzt die Lage ein.

Von Maryam S. Khan

1999 stürzte General Musharraf Premierminister Nawaz Sharif in einem Militärputsch und blieb danach fast ein Jahrzehnt lang an der Macht. Das jüngste Urteil eines Sondergerichts gegen ihn beruht nicht auf dem Putsch selbst, sondern ahndet eine Reihe verfassungswidriger Handlungen gegen

Ende seiner Herrschaft. Musharrafs Regime rief einen unzulässigen Notstand aus, entließ fast 60 Richter der höheren Instanzen und setzte mehrere Verfassungsänderungen durch, welche von ihm selbst berufene Richter auch absegneten. Musharraf wollte vor allem Urteile verhindern, denen zufolge er nicht zugleich Staatschef und der höchstrangige Soldat der Streitkräfte hätte sein können.

Das Sondergericht, das Musharraf im Dezember verurteilte, wurde 2013 vom damaligen Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs, Iftikhar Chaudhry, eingerichtet. Er handelt dabei auf Anweisung von Nawaz Sharif, der nach einem Sieg bei Parlaments-

wahlen abermals Regierungschef geworden war.

Das Urteil beruht auf Artikel 6 der Verfassung über Hochverrat. Schuldig macht sich ihm zufolge, wer die Verfassung „annulliert, aufhebt, aussetzt oder in der Schwebe hält“ oder sich zu diesem Zweck verschwört „mit Ausübung oder Androhung von Gewalt oder anderer verfassungswidriger Mittel“. Artikel 6 sieht die Todesstrafe oder lebenslange Haft vor.

In Musharrafs Fall kommt Artikel 6 erstmals zur Anwendung. Er ist so alt wie die 1973 verabschiedete Verfassung selbst. Der erste Diktator, der sie außer Kraft setzte, war 1977 General Zia-ul-Haq. Er starb ein Jahrzehnt später bei einem Flugzeugabsturz, sodass der Artikel nicht zur Geltung kam.

Supreme-Court-Präsident Chaudhry, der das Sondergericht schuf, stand im Zentrum des Konflikts zwischen dem Musharraf-Regime und der Justiz. Musharraf setzte ihn

2007 willkürlich ab und löste damit eine breite Bewegung aus: das „Lawyers’ Movement“. Die Proteste von Rechtsanwälten, politischen Parteien und Zivilgesellschaft wurden so stark, dass Anfang 2008 Neuwahlen stattfanden und der Militärherrscher abtreten musste. Danach regierte dann eine Koalition unter Führung der Pakistan People’s Party fünf Jahre lang das Land. Sharifs Muslim League gewann 2013 die nächste Parlamentswahl.

Im Dezember 2019 verurteilte das Sondergericht Musharraf nun mit zwei Richterstimmen gegen eine zum Tod. Musharrafs Anwälte hatten das Verfahren nach Kräften gebremst und blockiert. Das Urteil wird mit großer Sicherheit nicht vollstreckt werden – nicht zuletzt, weil der ehemalige Militärherrscher 2016 ins Ausland floh. Als Vorwand dienten Gesundheitsprobleme.

Das Urteil würde allerdings vermutlich aufgehoben werden, wenn er noch in Pakistan wäre. Dieser Fall berührt allzu viele politische Empfindlichkeiten. Zudem steht der heutige Premierminister Imran Khan, der die Wahlen 2018 gewann, der Militärführung nahe. Sein Einfluss ist deutlich in einem aktuellen High-Court-Urteil zu erkennen, dem zufolge das Sondergericht nicht auf legale Weise zustande gekommen ist.

Dieses Hin und Her ist nicht ungewöhnlich. In Pakistans Geschichte ist Demokratisierung kein linearer Prozess. Spannungen zwischen den beiden Staatsgewalten Regierung und Justiz führen in der Regel auch nicht zu eindeutigen Lösungen. Dennoch ist das Urteil wegen Hochverrats bedeutsam – und zwar nicht nur, weil Pakistan seit der Unabhängigkeit grob die Hälfte seiner Existenz unter Militärherrschaft verbracht hat.

DREI WICHTIGE DINGE

Am wichtigsten ist, dass das Urteil des Sondergerichts einen Präzedenzfall geschaffen hat, indem es den Putschisten zur Rechenschaft gezogen hat. Bislang haben nur Militärs Handlungen begangen, die laut Artikel 6 Hochverrat ausmachen. Das Todesurteil setzt nun ein starkes Signal gegen Abenteuerer in den Streitkräften. Auch ohne Vollstreckung steigert er das Risiko für künftige Putschisten. Obendrein dürfte es auch alle diejenigen abschrecken, die einen Militärputsch unterstützen, ermöglichen oder dazu anstiften. In diesem Sinne schränkt das

Urteil sogar den Entscheidungsspielraum künftiger Richter ein, denn es bindet auf positive Weise die Justiz selbst. Es betrifft aber auch alle anderen Kräfte, die künftig einen Putsch unterstützen könnten.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass das Urteil den Vorrang der Verfassung bestätigt. Das ergibt sich auch aus der Art und Weise, wie es zustande kam. Generäle haben die Verfassung regelmäßig lächerlich gemacht. Es ist bezeichnend, dass Musharrafs Anwälte sich nun auf sie berufen, wenn sie einen fairen Prozess fordern und seine Bürgerrechte betonen. Er selbst hat sie in der Vergangenheit als „ein Stück Papier für den Mülleimer“ bezeichnet. Verfassungsprinzipien wie das der Gewaltenteilung haben in Pakistan mittlerweile Wurzeln geschlagen.

Hoch relevant ist obendrein, wie sehr sich das Verhältnis der Justiz zu den Streitkräften verändert hat. In der Vergangenheit kooperierten Richter meist mit Militärherrschern. Im vergangenen Jahrzehnt ist ihre

Widerstandskraft aber gewachsen – und diese Entwicklung nahm durch das Lawyers Movement Fahrt auf. Indem es sich der autoritären Militärherrschaft entgegenstellte, ermöglichte es dem Supreme Court, sich von externen Einflüssen abzuschotten und zentrale Entscheidungen wie etwa die Berufung von Richtern der höheren Instanzen selbst zu übernehmen. Bei künftigen Konflikten zwischen Justiz und Militär dürften die Rechtsanwälte wieder die Position der Richter stärken. Das Urteil gegen Musharraf belegt nun abermals, dass die Justiz Momente institutioneller Stärke nutzt, um sich der Militärspitze entgegenzustellen.



MARYAM S. KHAN
ist Rechtswissenschaftlerin
und Forschungsstipendiatin
am unabhängigen Institute of
Development and Economic

Alternatives (IDEAS) in Lahore.

Twitter: @MaryamShKhan



Staatschef Pervez Musharraf in Uniform 2005.

VERNACHLÄSSIGTE KULTURPFLANZEN

Bedeutend für eine nachhaltige Ernährung

Die Welt ernährt sich viel einseitiger, als sie könnte. Auf mehr als der Hälfte der weltweit genutzten Agrarflächen wachsen nur sechs essbare Nutzpflanzen, nämlich Weizen, Soja, Mais, Reis, Gerste und Raps. Dabei gibt es eine enorme Vielfalt an Kulturpflanzen, die reich an Vitaminen und Nährstoffen sind und deshalb wichtig zur Bekämpfung von Mangelernährung wären.

Von Silke Stöber

Zu den am häufigsten angebauten Nutzpflanzen kommen nur ein paar weitere hinzu, von denen sich die Menschheit fast ausnahmslos ernährt: Die Erdbevölkerung bezieht ihre Energie aus lediglich 20 Nutzpflanzen. Dabei sind weltweit mehr als 31 000 Nutzpflanzen dokumentiert, die für die menschliche Ernährung, als Tierfutter, Medizin, Gift-, Textil-, Bau- oder Brennstoff verwendet werden. Über 5500 davon sind essbar.

Unbekannte Esspflanzen mit seltsam anmutenden Namen wie Bittermelone, Spinnenpflanze oder Gemüsejudenpappel haben zwar in Teilen Subsahara-Afrikas oder Asiens (noch) eine große Bedeutung (siehe Kasten nächste Seite). Sie zählen aber zu den sogenannten vernachlässigten und unternutzten Kulturarten (Neglected and Underutilised Species – NUS). Als solche werden sie von der Agrarforschung, Pflanzenzüchtung oder der Politik kaum beachtet oder sogar vollkommen ignoriert.

Es handelt sich um wilde oder halbdomestizierte Varianten und Arten, die in der Regel nicht als Produkte gehandelt werden. Das hat zur Folge, dass aus ihren Varianten keine kommerziellen Sorten gezüchtet werden. Die Züchter betrachten sie, wenn überhaupt, lediglich als Träger genetischer Vielfalt. Deshalb gibt es kaum dokumentierte Erfahrungen über produktive Anbauformen, geschweige denn darüber, wie man sie gewinnbringend vermarktet. Sie kommen weder in den Anbau- oder Handelsstatisti-

ken vor, noch sind sie in regionale oder globale Wertschöpfungsketten nennenswert integriert.

Man bezeichnet sie als unternutzt, weil sie aus ernährungsphysiologischer Sicht ein großes, zumeist unerkanntes Potenzial bergen. Aufgrund ihrer hohen Nährstoffdichte – insbesondere bei den wichtigen Mikronährstoffen – könnten sie bei der Bekämpfung des versteckten Hungers, das heißt der Mikronährstoffdefizite in unserer Ernährung, eine große Rolle spielen. Von

zögerungen und gesundheitliche Schäden, die vermeidbar wären.

Unternutzte Pflanzen haben in manchen Regionen aber große Bedeutung. So erfreut sich die Gemüsejudenpappel (*Corchorus olitorius*) im Mittleren Osten als Gericht mit dem Namen Molokhia größter Beliebtheit. Das Gemüse schmeckt wie erdiger Spinat, und gewürzt mit Knoblauch, Limone und Koriander dient es als kräftige Gemüsebeilage zu Reis. Richtig zubereitet, enthält sie nicht nur viel Eiweiß (4,5 Prozent), sondern ist reich an Vitamin B6, A, C und Eisen. Auch in Kenia wird das indigene Blattgemüse unter dem lokalen Namen Murenda oftmals zusammen mit Kuhbohnenblättern in Milch gekocht. In dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprogramm HORTINLEA (Horticultural Innovation and Learning for Improved Nutrition and Livelihood in East Africa) der Humboldt-Universität zu Berlin,



In vielen Weltgegenden ist sie unbekannt, aber im Mittleren Osten, hier im Gaza-Streifen in Palästina, erfreut sich die Gemüsejudenpappel großer Beliebtheit.

einer solchen Mangelernährung sind rund 2 Milliarden Menschen betroffen, insbesondere die arme Landbevölkerung in Entwicklungsländern. Am verbreitetsten ist der Mangel an Jod, Eisen und Vitamin A. Die Folgen davon sind starke Entwicklungsver-

in dem das Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) mitforschte, wurden Kleinbauern in Westkenia befragt, welche der indigenen Blattgemüsekulturen am robustesten gegenüber Wetterextremen sind. Im Vergleich zu anderen Blattgemüsekulturen gilt die Ge-

müsejudenpappel als sehr widerstandsfähig und wächst auch auf marginalen Standorten gut an. Sie verträgt Stressfaktoren, auch solche, die durch den Klimawandel verstärkt werden. Bei zu großer Trockenheit kann sie sich aufgrund ihrer langen Pfahlwurzel gut versorgen. Zu viel Feuchtigkeit scheint ihr auch nicht viel auszumachen.

Dennoch wird sie nur von wenigen Kleinbauern auf sehr kleiner Fläche angebaut und kaum vermarktet. Konsumenten beklagen, dass die Blätter beim Kochen zu stark verschleimen, ähnlich wie bei Okra, und das Blattgemüse daher zu sehr eindickt. Das sei nicht jedermanns Geschmack. Über verbesserte Zubereitungsmethoden und Züchtung könnte das Problem behoben werden.

NEUE SCHATTENSEITEN

Manche vernachlässigten Kulturpflanzen haben ihr Schattendasein aber verlassen, wie es das Beispiel von Quinoa zeigt. Seit den 90er-Jahren ist die Nachfrage in gesundheitsbewussten Kreisen in Europa nach dem glutenfreien, protein- und vitaminreichen Getreide aus den Anden enorm gestiegen. Dass unternutzte Pflanzen zum

„Superfood“ aufsteigen, birgt aber wiederum Schattenseiten. Der Transport aus Bolivien und Peru bis Europa ist lang, was Klimabelastungen zur Folge hat.

In der Andenregion galt der Inkaweizen lange Zeit als „Arme-Leute-Essen“. Er gedieh besonders gut auf marginalen Böden. Durch den jüngsten Hype werden mehr und mehr Flächen für Quinoa genutzt. Die Kleinbauern aus den Anden verzehren Quinoa nun nicht mehr selbst, sondern verkaufen ihre Ernte lieber. Selbst essen die Familien nun vermehrt weniger nährstoffreiche Grundnahrungsmittel wie Nudeln oder Mais.

Trotzdem verdienen sie nicht viel an Quinoa, denn oftmals bleibt der Gewinn in den Händen der Exporteure. Politische Instrumente sind hier gefragt. Kleinbauern wären so zu unterstützen, dass sie Funktionen in der Quinoa-Wertschöpfungskette übernehmen und somit am Boom besser teilhaben können. Beim Kauf von Quinoa in Europa sollte man daher auf Fair Trade und Biosiegel achten. Alternativ kann man auch auf regional produzierten Buchweizen umsteigen, der fast genauso viel Protein enthält und als Pseudogetreide ebenso glutenfrei ist.

Es bleibt noch viel zu tun, damit die nährstoffreichen vernachlässigten Kultur-

pflanzen parkettfähig werden und gleichzeitig armen Kleinbauern zu verbesserter Ernährung und Einkommen verhelfen. Statt einer weiteren Entwicklung hin zur westlichen Ernährung, die reich an Salz, Zucker, Fetten und verarbeiteten Produkten ist, sollten Forschung und Agrarpolitik den vergessenen Esspflanzen mehr Aufmerksamkeit widmen. Sie können langfristig dazu beitragen, die hohen Folgekosten der nicht übertragbaren ernährungsbedingten Krankheiten wie Diabetes, Fettsucht, Herzkrankheiten und bestimmte Formen von Krebs zu verringern.



SILKE STÖBER

ist Agrarökonomin und arbeitet als Senior-Wissenschaftlerin am Seminar für Ländliche Entwicklung der

Humboldt-Universität (HU) zu Berlin. Ihre Themen sind Food Systems, Ernährungssicherung und Anpassung an den Klimawandel. Im Rahmen des erwähnten Forschungsverbundprojekts HORTINLEA der HU hat sie zwei Teilprojekte geleitet.

silke.stoerber@agrar.hu-berlin.de

Beispiel Bittermelone und Spinnenpflanze

Die erwähnte Bittermelone (*Momordica charantia*) ist aus der asiatischen Küche kaum wegzudenken. Vermutlich ist das der Grund dafür, dass sie bei Bioversity International nicht auf der Liste der Neglected and Underutilised Species steht. Die Bittermelone ist fester Bestandteil des indonesischen Gerichtes Gado Gado, welches zu den fünf wichtigsten nationalen Gerichten des Inselstaates zählt. Als vegetarisches Gericht (mit Ei) ist es durch seine Anteile an gegartem Gemüse, fermentiertem

Tofu und Erdnusssoße sehr gesund und nährstoffreich.

In China wird Bittermelone in der traditionellen chinesischen Medizin verwendet, da sie unterstützend den Blutzucker senkt, die Verdauung fördert und durch Antioxidantien und Vitamin A zellerneuernd wirkt. Als vernachlässigte Kulturpflanze taucht sie beim African Orphan Crops Consortium auf der Liste der 100 vergessenen Kulturen auf, da sie in Subsahara-Afrika unternutzt ist. An der Bittermelone wird deutlich, dass die unter-

nutzten Kulturpflanzen nicht überall gleich stark vernachlässigt werden.

Die Spinnenpflanze (*Cleome gynandra*) reagiert empfindlich auf Wetterextreme. Kleinbauern brauchen ein gutes Händchen für das beliebte Blattgemüse, das sich in Kenia sehr gut vermarktet. Für die Spinnenpflanze sprechen die hohen Eisen- (fünf bis zehn Prozent) und Vitamin-A, -C- und -E-Gehalte. Die genetische Vielfalt der Spinnenpflanze führt aber zu unterschiedlichen Nährstoffgehalten. Die kenianische Spinnenpflanze hat höhere Vitamin-A-Gehalte im Vergleich zu den Varianten aus Westafrika und Asien. Die letzteren zeigen wiederum eine höhere Wassernutzungseffizienz,



Bittermelone (vorne) auf einem Markt in Kerala in Indien.

ein zentraler Aspekt, der im Klimawandel und der daraus resultierenden Wasserknappheit immer wichtiger wird. sst

CHRONISCHE KRANKHEIT

Stille Epidemie

Diabetes zählt zu den zehn häufigsten Todesursachen weltweit und betrifft auch den globalen Süden massiv. Doch in der Entwicklungspolitik findet das Thema bisher nur wenig Beachtung. Dem großen Präventions- und Behandlungsbedarf in armen Ländern werden die Akteure nicht gerecht. Zivilgesellschaftliche Organisationen sollten Aufmerksamkeit auf das Thema lenken, damit Politik und Wirtschaft Verantwortung übernehmen.

Von Max Klein

Es ist nicht lange her, da galt Diabetes als eine Wohlstandskrankheit, die lediglich den globalen Norden betraf. Heute leiden jedoch Millionen Menschen weltweit unter der chronischen Erkrankung. Nach Schätzung des Internationalen Diabetesverbands (International Diabetes Federation – IDF) leben fast 80 Prozent der erwachsenen Diabetiker in Ländern niedrigen und mittleren Einkommens.

Zwar hat in der Entwicklungspolitik das Bewusstsein für die neue Bedeutung nichtübertragbarer Krankheiten zugenommen. Daran hatten auch verstärkte Bemühungen von Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) und Vereinten Nationen ihren Anteil. Doch konzentrieren sich viele entwicklungspolitische Akteure nach wie vor besonders auf Infektionskrankheiten, während der Handlungsbedarf – wie einige Eckdaten verdeutlichen – wächst:

- Etwa die Hälfte aller Diabetes-Erkrankungen wird schätzungsweise nie medizinisch diagnostiziert. Deshalb wird oft von einer „stillen Epidemie“ gesprochen.
- Alle Weltregionen sind betroffen. So sehen Schätzungen die zukünftig stärkste prozentuale Zunahme in den Ländern südlich der Sahara.
- Millionen Patienten haben keinen Zugang zu dem von ihnen benötigten Insulin. Neben logistischen Hürden spielt dabei vor allem der hohe Preis eine Rolle. Lediglich drei große Hersteller kontrollieren über 95 Prozent des globalen Insulinmarkts.



Diabetes-Aufklärungskampagne 2016 in Bangladesch.

Unverändert klafft eine große Lücke zwischen dem eklatanten Bedarf an nachhaltigen Maßnahmen zur Diabetes-Bekämpfung und dem geringen Umfang ihrer Finanzierung und Umsetzung.

NICHT NUR EIN MEDIZINISCHES PROBLEM

Diabetes ist eine komplizierte Krankheit, die unbehandelt schwere Folgeerkrankungen auslösen und tödlich werden kann (siehe Kasten nächste Seite). Arme Patienten haben besonders schlechte Chancen, die Hilfe zu bekommen, die sie brauchen – und die Krankheit verschärft oft ihre Not, etwa wenn ein erwachsener Mensch wegen Diabetes das Augenlicht verliert und kein Geld mehr verdienen kann.

Der Kampf gegen Diabetes erfordert vielfältige, sich ergänzende Maßnahmen. Notwendig ist nicht nur eine verbesserte Diagnose, Behandlung und Beratung der Patienten, sondern vor allem Prävention. Sie sollte allerdings nicht allein individuelle Verhaltensweisen und Risikofaktoren in den Blick nehmen. Vor allem die Veränderung gesundheitsschädlicher Lebensverhältnisse – etwa durch gesetzliche Regulierung – kann Diabetesraten senken. Entwicklungsvorhaben sollten dies auch in den Bereichen Wirtschaft, Ernährung, Bildung und Stadtplanung berücksichtigen.

Vorbild können einige Länder Lateinamerikas sein, die in jüngerer Zeit bemerkenswerte Anstrengungen unternommen haben, um der zunehmenden Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen zu begegnen. Neben Ecuador oder Mexiko sorgte Chile mit einem Maßnahmenkatalog für Aufsehen. Verpflichtende Warnhinweise, unter anderem auf salz- oder zuckerreichen Produkten, wurden eingeführt, kombiniert mit strengeren Auflagen bei Werbung und Verkauf dieser Waren. Außerdem hob der chilenische Staat den Steuersatz für stark zuckerhaltige Getränke an, Abgaben für gering zuckerhaltige Produkte wurden gesenkt. In Kolumbien wiederum wird in einigen Städten seit den 1970er Jahren der öffentliche Raum zeitweise speziell für sportliche Aktivitäten der Bevölkerung freigegeben, etwa durch Straßensperrungen.

MEHR ÖFFENTLICHKEIT, MEHR RECHENSCHAFT

Generell sollten zivilgesellschaftliche Akteure versuchen, Politiker, Spender, Stiftungen und Ministerien auf das Thema aufmerksam zu machen und auch betroffene Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Daneben gilt es, staatliche und privatwirtschaftliche Akteure in die Verantwortung zu nehmen und sie für gesundheitsschädliche Maßnahmen zur Rechenschaft zu ziehen. Nahrungsmittelkonzerne wie Nestlé bauen beispielsweise gezielt in ärmeren Gemeinschaften Netzwerke auf, um ihre Produkte direkt an der Haustür zu verkaufen. Außerdem drängen Tabakfirmen verstärkt auf neue Märkte in Ländern des globalen Südens. Die WHO gibt an, dass mittlerweile fast 80 Prozent der Raucher weltweit in Ländern geringen und mittleren Einkommens leben. Das ist relevant, weil Rauchen das

Diabetes-Risiko deutlich erhöht. Auch trägt Rauchen zu Gefäßproblemen bei, die eine typische, gefährliche Folge von Diabetes sind. Zivilgesellschaftliche Akteure müssen solche Probleme benennen und politisches Handeln einfordern.

Wie zäh sich dieses Ringen um mehr Verantwortung allerdings in der Realität oft darstellt, zeigt nicht zuletzt die Lage in Deutschland. So wehrt sich das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft nach wie vor intensiv gegen eine mögliche Zuckersteuer.

Zivilgesellschaftliche Initiativen reichen im Kampf gegen Diabetesursachen nicht. Staatliche Politik ist nötig – und manchmal auch staatlicher Schutz. In Kolumbien zum Beispiel müssen Aktivisten, die mächtige Wirtschaftsakteure herausgefordert haben, um Leib und Leben bangen.

Diabetes sollte in der staatlichen Gesundheitsversorgung sowie in zivilgesellschaftlichen Gesundheitsprojekten als Querschnittsthema berücksichtigt werden, sei es im Bereich Mutter-Kind-Gesundheit oder bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten. Dafür können bereits beste-

hende Strukturen und Erfahrungen genutzt werden. In Malawi beispielsweise diente ein bekannter Ansatz in der Tuberkulose-Bekämpfung als Vorbild für Maßnahmen gegen Diabetes. Eine wichtige Funktion kann zudem lokales Gesundheitspersonal erfüllen. Krankenschwestern und Pfleger klären bereits in Programmen zur Mutter-Kind-Gesundheit auf und könnten ergänzend zu Diabetes geschult werden.

Auch im Bereich Forschung und Zugang zu Medizinprodukten sind Veränderungen nötig. Viele Diagnose-Methoden und Medikamente wurden auf die Anwendung in wohlhabenden Nationen zugeschnitten und eignen sich nur bedingt für Entwicklungs- und Schwellenländer. So ist bei der Insulinversorgung oft das Einhalten der angemessenen Lagertemperatur eine große Herausforderung.

Zugleich führen hohe Medikamentenpreise weltweit zu mangelnder Versorgung – mit teils tödlichen Folgen. Regierungen und internationale Organisationen müssen Maßnahmen ergreifen, damit im Insulinmarkt Monopolstellungen ein Ende finden und die Preise fallen. Die WHO hat zum

Weltdiabetestag 2019 (14. November) endlich erste Pläne für einen verbesserten Zugang präsentiert.

Eigentlich hätte es zu dieser dramatischen Marktlage ohnehin nicht kommen dürfen. Denn die Geschichte von Insulin verweist auf die große Bedeutung öffentlicher Forschung. Das Präparat wurde ursprünglich an der Universität von Toronto entwickelt, die bewusst auf Patenteinnahmen verzichtete. Preisprobleme sind deshalb ein recht neues Phänomen – und Beleg für die allzu große Marktmacht multinationaler Konzerne.

LINK

Online-Kurs der BUKO-Pharma-Kampagne zum Thema Diabetes im globalen Süden (2018) (nur auf Deutsch):

<http://www.bukopharma-online-lernbox.de/diabetes/>



MAX KLEIN
ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter im Team der BUKO Pharma-Kampagne.
info@bukopharma.de

Ursachen und Komplikationen

Eine Diabetes-Erkrankung entsteht aus dem Zusammenspiel genetischer Voraussetzungen mit Umwelteinflüssen und Lebensführung. 2015 starben laut WHO weltweit mehr Menschen an Diabetes als an HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria zusammen.

90 Prozent der Betroffenen leiden unter dem Diabetes mellitus Typ 2, dessen Entstehung durch ein hohes Maß an überschüssigem Körperfett, ungesunder Ernährung und Bewegungsmangel begünstigt wird. Ein weiterer wichtiger Risikofaktor ist das Rauchen. Verstärkt geraten aber auch die Auswirkungen starker Umweltbelastung, etwa in Form langlebiger organischer Schadstoffe

wie Dioxine oder bestimmter Insektizide, in den wissenschaftlichen Fokus.

Genetische Veranlagung gefährdet manche Menschen besonders, etwa viele indigene Gruppen. Nach aktuellen Studien besitzen beispielsweise Aborigines in Australien, verglichen mit dem nationalen Durchschnitt, ein mehr als doppelt so hohes Risiko, an Diabetes zu erkranken. Oft haben gerade diese Bevölkerungsteile zudem einen schlechteren Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Neben Diabetes mellitus Typ 2 gibt es den angeborenen Diabetes mellitus Typ 1 sowie eine Vielzahl seltener Diabetes-Varianten. Hinzu kommt der Schwangerschaftsdiabetes,

eine der weltweit häufigsten Schwangerschaftskomplikationen. Problematisch sind zudem die zahlreichen Wechselwirkungen des Diabetes mit weitverbreiteten Infektionskrankheiten wie HIV/Aids, Malaria oder Tuberkulose (TB).

Die Konsequenzen der Stoffwechselerkrankung fallen durch eine späte oder gänzlich ausbleibende Behandlung in Entwicklungs- und Schwellenländern oft besonders gravierend aus. Lang anhaltende hohe Blutzuckerwerte schädigen zum Beispiel die Gefäße und Nerven. Das kann zur mangelnden Durchblutung der Extremitäten führen und Amputationen notwendig machen. Auch der Sehnerv ist häufig betroffen. In Südafrika ist Diabetes einer der drei häufigsten Gründe für Blindheit, mit über 8000 neuen Fällen jährlich.



Zuckerhaltige Getränke steigern das Diabetes-Risiko: Coca-Cola-Werbung in Marokko.

Länder wie Bangladesch oder Tansania wiederum führten bereits vor 15 Jahren ein Pilotprojekt gegen den so genannten diabetischen Fuß ein und konnten so die Zahl der Amputationen senken. mk



Eine kenianische Handwerkerin, die von der digitalisierten SOKO-Lieferkette profitiert (siehe Kasten, S. 22).

Arbeit und Innovation

Viele junge Menschen drängen in Entwicklungsländern auf den Arbeitsmarkt. Sie brauchen millionenfach neue Jobs. Das gilt besonders, aber nicht nur, für Länder südlich der Sahara. Auch andere Volkswirtschaften mit großen informellen Sektoren wie etwa Indien stehen vor großen Problemen. Innovative Neugründungen sind wichtig, und es ist gut, dass in vielen Ballungsräumen Tech-Startups entstehen. Andere Branchen müssen aber auch wachsen – und zwar vor allem im verarbeitenden Gewerbe. Dafür

muss in vielen Ländern das Geschäftsklima besser werden. Und dazu gehören institutionelle Neuerungen, die in reichen Weltgegenden längst selbstverständlich geworden sind.



Dieser Schwerpunkt bezieht sich direkt auf das 8. Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG) der UN: Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum. Es gibt zudem Wechselwirkungen mit anderen SDGs.

PLASTIKVERMEIDUNG

Wachsendes Bewusstsein

Bio-Lutions ist ein Hersteller von biologisch abbaubaren Verpackungen und Einweggeschirr, das aus Pflanzenresten hergestellt wird. Das Unternehmen hat seinen Hauptsitz in Hamburg, eröffnete aber 2008 sein erstes Werk in Bangalore im indischen Bundesstaat Karnataka. Der Geschäftsführer in Indien, Kurian Mathew, erläutert, worum es bei seiner Arbeit geht. Die innovative Technologie von Bio-Lutions ist auf Nachhaltigkeit ausgerichtet, denn die Produkte sind ein umweltfreundlicher Ersatz für Kunststoffartikel. Derzeit baut Bio-Lutions seine zweite Produktionsstätte in Deutschland.

Kurian Mathew im Interview mit Sabine Balk

Warum haben Sie und Bio-Lutions-Gründer Eduardo Gordillo Indien als Standort für die erste Fabrik gewählt?

In Indien waren die Bedingungen perfekt. Im Jahr 2015 verbot die Regierung des Bundesstaates Karnataka die Verwendung aller Kunststoffe einer bestimmten Dicke. Das Verbot schließt die meisten Einwegartikel ein. Wir hatten die Idee, Einwegmaterialien für Verpackungen und andere Zwecke auf der Basis natürlicher, biologisch abbaubarer Rohstoffe herzustellen. Also beschlossen wir, mit unserem Business in Karnataka einzusteigen und eröffneten die Fabrik in Bangalore. Das erschien uns als richtige Entscheidung, weil unser Geschäft zum einen von ökologischer und sozialer Relevanz ist. Zum anderen ist Indien ein riesiger Markt. Wir haben viele Feste, Hochzeiten oder andere Veranstaltungen, bei denen die Menschen Einwegprodukte verwenden, die sie später entsorgen müssen.

Wie haben Sie den Unternehmer Eduardo Gordillo aus Deutschland kennengelernt?

Wir haben einen ähnlichen Hintergrund, sind beide Industriedesigner. Ich habe viel Verpackungs- und Displaydesign gemacht und diese Produkte in einer Fabrik in China herstellen lassen. Eduardo hat mit derselben Fabrik zusammengearbeitet. Dort haben wir uns vor etwa zehn Jahren kennengelernt. Wir stellten fest, dass wir vieles gemeinsam

haben und in die gleiche Richtung denken. Als er die Idee zu Bio-Lutions hatte, fragte er mich, ob ich daran interessiert wäre, die Fabrik in Indien aufzubauen. Das Timing war wegen des Plastikverbots perfekt. Die Umsetzung des Projekts war jedoch eine große Herausforderung, denn im Vergleich zu dem, was wir bisher gemacht haben, ist die Größe unseres jetzigen Betriebs enorm. Letztendlich war es eine gute Entscheidung, und wir sind erfolgreich. Ich bin natürlich sehr froh, dass wir es geschafft haben.

Was war die größte Herausforderung?

Die Finanzierung war zunächst das größte Problem. Wir hatten nicht die Unterstützung eines großen Konzerns im Rücken. Am Anfang setzten wir allein unser privates Geld ein. Als wir uns jedoch entschieden, eine große Anlage zu bauen, war klar, dass wir zusätzliches Kapital benötigen. Zum Glück hat uns die KfW-Tochter DEG ein Darlehen in Höhe von einer halben Million Euro gewährt, damit wir in Bangalore starten konnten. Inzwischen haben wir weitere Investoren wie etwa Delivery Hero SE. Auch die DEG gehört weiter zu den Hauptinvestoren. Es geht uns jetzt gut, aber wenn das Geschäft wächst, müssen wir weiter investieren.

Sie produzieren Einwegartikel und Verpackungen, die komplett aus Pflanzenresten hergestellt werden (siehe Kasten nächste Seite). Können Sie mit den Einwegartikeln

aus Kunststoff konkurrieren, die trotz des Verbots noch auf dem Markt sind?

Das Plastikverbot ist in Karnataka noch nicht vollständig umgesetzt. Aber es wird verpflichtend werden. Die großen Einzelhandelsgeschäfte und Restaurants verwenden kein Plastikgeschirr mehr, aber die vielen kleinen Bistros, Coffee-Shops und Straßenstände tun es immer noch. Trotzdem sind unsere Produkte wettbewerbsfähig. Produkte aus reinem Plastik sind nicht billiger als unsere. Aber wir haben ein Problem mit recyceltem Plastik, das billig und von schlechter Qualität ist. Es kostet die Hälfte unserer Artikel und wird noch oft verwendet. Es ist einfach so, dass man nicht alles innerhalb kurzer Zeit ändern kann. Es dauert Jahre und Jahrzehnte, um den Markt und die Einstellung der Menschen zu ändern. Die vollständige Umsetzung des Kunststoffverbots wird uns sicherlich helfen.

Verändert sich die Einstellung zu Plastik in Indien?

Es ist nicht leicht, die Menschen zu überzeugen, denn viele kämpfen noch immer ums Überleben und darum, jeden Tag eine Mahlzeit auf dem Tisch stehen zu haben. Aber die Welt verändert sich, und die Menschen erkennen, dass es zu viel Plastik in der Umwelt gibt. Langsam wird vielen klar, dass saubere Luft, gesundes Wasser und gesunde Böden überlebenswichtig sind. Sie verstehen, dass es ziemlich teuer sein kann, wegen schlechter Nahrung oder schlechtem Wasser krank zu werden, besonders wenn sie dann ins Krankenhaus müssen. Eine Herausforderung für uns ist außerdem, dass unsere Produkte nicht für den Langzeitgebrauch gemacht sind. Sie nutzen einen unserer Teiler für etwa 20 Minuten, und danach ist er



Herstellung von biologisch abbaubaren Schalen im Bio-Lutions Werk in Bangalore.

Abfall. Trotzdem ist unser Ansatz nachhaltig, und ich bin sicher, dass sich unser Erfolg auch als nachhaltig erweisen wird.

Wer sind Ihre Kunden?

Wir haben ein paar Distributoren, die unsere Produkte an Großhändler verkaufen. Diese vertreiben sie dann wiederum an Supermärkte und Restaurants. Wir haben sogar begonnen, nach Europa zu exportieren, zum Beispiel nach Deutschland. Wir haben drei Kunden in Deutschland, darunter eine große Supermarktkette.

Als Rohstoffe verwenden Sie Zuckerrohr- und Bananenstauden und ähnliche organische Abfälle. Woher bekommen Sie diese?

Wir arbeiten mit einer Nichtregierungsorganisation (NGO) in unserer Region zusammen, und diese arbeitet mit den Bauern. Die NGO heißt Vikasana und hat ihren Sitz etwa 50 Kilometer von unserer Fabrik entfernt. Sie konzentriert sich auf biologische Landwirtschaft, Wasserbewirtschaftung, Erhalt der biologischen Vielfalt, Kindererziehung und die Stärkung von Frauen. Wir beziehen alle Rohstoffe von ihren Farmen. In Zusammenarbeit mit Vikasana haben wir ein Sammelzentrum eingerichtet, wohin die Bauern ihre

Pflanzenreste liefern können. Wir holen diese zum Teil aber auch direkt bei den Bauern ab.

Wie viele Arbeitsplätze haben Sie in Indien geschaffen?

Wir haben etwa 100 Arbeitsplätze in unserer Fabrik in Bangalore geschaffen, darunter 20 Festangestellte und rund 80 Vertragsarbeiter. Außerdem arbeiten 15 Leute in unserem Sammelzentrum. Unser Ziel ist die Chancengleichheit von Männern und Frauen. Wir wollen Arbeitsplätze und wirtschaftliche Werthaltigkeit in der Region schaffen, weil wir uns als Teil der lokalen Gemeinschaft verstehen. Wir stellen die Leute direkt vor Ort ein, da unsere Fabrikarbeiter keine besonderen Qualifikationen benötigen. Wir schulen sie stattdessen selbst für ihre jeweilige Tätigkeit.

Haben Sie Expansionspläne für Ihr Geschäft?

Ja, wir sind gerade dabei, unsere Fabrik in Bangalore zu erweitern. Wir werden weitere Maschinen zum Einsatz bringen und die Produktion erhöhen. Und wir wollen auch in anderen Regionen Indiens tätig werden. Es gibt Verhandlungen über die Errichtung von zwei neuen Werken, und



wir denken, dass dies innerhalb von sechs bis zwölf Monaten geschehen wird. Das ist eine Herausforderung, denn wir haben es mit völlig neuen Fabriken, neuen Landwirten und anderen Rohstoffen zu tun. Wir bauen außerdem eine neue Produktionsstätte in Schwedt in Brandenburg. Das Werk soll noch in diesem Jahr in Betrieb gehen. Außerdem gibt es konkrete Planungen für eine neue Fabrik in Thailand, da gibt es aber noch keinen Eröffnungstermin.



KURIAN MATHEW
ist Geschäftsführer von Bio-Lutions India.
Kontakt: Celine Barth,
Communications and PR

cb@bio-lutions.com

Nachhaltig, biologisch abbaubar und chemikalienfrei

Bio-Lutions ist ein deutsches Unternehmen, das sich auf biologisch abbaubare Verpackungen und Einweggeschirr aus landwirtschaftlichen Reststoffen spezialisiert hat. Es eröffnete 2018 seine erste Fabrik in Indien. Die Idee ist, Kunststoff zu vermeiden und landwirtschaftliche Abfälle wie Zuckerrohrblätter, Tomaten- oder Bananenpflanzen für die Herstellung nachhaltiger Produkte zu verwenden.

Das Unternehmen entwickelte eine patentierte Technologie, um die pflanzlichen Reststoffe ohne den Einsatz

von Chemikalien und zusätzlichen Bindemitteln zu nutzen. Spezielle Maschinen verarbeiten die Rohstoffe mechanisch zu selbstbindenden Naturfasern. Damit kann der Einsatz von Chemikalien und Wasser vermieden werden, was etwa die Produktion von Papier und Biokunststoffen umweltschädlich macht. Das Bio-Lutions-Forschungszentrum befindet sich in Schwedt im Nordosten Deutschlands, wo gerade auch eine zweite Fabrik gebaut wird (siehe Hauptartikel).

Das Konzept ist laut Bio-Lutions fast überall einsetzbar.

Es ist möglich, die Fasern aus den meisten weltweit vorkommenden landwirtschaftlichen Pflanzen zu verwenden. Bio-Lutions plant, ein internationales, aber dezentrales Produktionsnetzwerk mit lokalen Fabriken

und regionalem Vertrieb zu schaffen. Die Idee ist, die lokale Nachfrage zu befriedigen und Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen. Dies spart CO₂-Emissionen und lange Transportwege.

E+Z/D+C



Zuckerrohrernte im indischen Bundesstaat Karnataka. Aus Pflanzenresten stellt Bio-Lutions Einweggeschirr her.

PRIVATSEKTOR-ENTWICKLUNG

„Die richtige Balance“

Innovative Unternehmensgründungen in Afrika sind wichtig – reichen aber nicht, um genügend viele Arbeitsplätze für Millionen junger Menschen zu schaffen. Christiane Laibach von der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft erläutert im Interview Grundherausforderungen der Privatsektor-Entwicklung.

Christiane Laibach im Interview mit Hans Dembowski

Können wir davon ausgehen, dass jeder potenzielle Unternehmensgründer mit einer guten Idee in Afrika auch Finanzierungsmöglichkeiten findet?

Das lässt sich so allgemein nicht beantworten. Je geringer der Entwicklungsstand eines Landes ist, desto schwieriger ist es auch für Gründer, Finanzierungen zu erhalten. Das ist aber nicht der einzige Engpass. Grundsätzlich müssen die Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit in vielen afrikanischen Ländern verbessert werden. Die Herausforderungen reichen von schlechten Straßen und unzuverlässiger Stromversorgung bis zu mangelnder Rechtssicherheit und unzureichend qualifiziertem Personal. In solch einem Umfeld ist es nicht leicht, ein innovatives Unternehmen zu starten.

Die DEG unterstützt kleine und mittelständische Unternehmen im formalisierten Sektor afrikanischer Länder mit Krediten oder Kapitalbeteiligungen (siehe Kasten nächste Seite). Wie finden Sie diese Firmen?

Wir nutzen mehrere Wege.

- Wir haben eigene Büros in den wichtigen afrikanischen Märkten. In Lagos haben wir gerade ein neues eröffnet. Zudem sind wir in Accra, Abidjan, Nairobi und Johannesburg präsent. Von dort aus betreuen wir überwiegend mit lokalen Mitarbeitern, die ihre Weltgegend und die Unternehmerschaft vor Ort gut kennen, auch Nachbarländer.

- Wir kooperieren eng mit afrikanischen Banken und unterstützen sie beim Ausbau und der Modernisierung ihrer Aktivitäten. In einigen Filialen solcher Partnerbanken haben wir sogenannte German Desks eingerichtet, um Mittelständler zu erreichen.

- Wichtig ist zudem die Zusammenarbeit mit anderen europäischen beziehungsweise internationalen Development Finance Institutions, die ähnlich wie wir die Privatsektor-Entwicklung fördern.

Unsere Arbeit ist darauf ausgerichtet, vielversprechenden kleinen und mittleren Unternehmen ab einer gewissen Größe weiteres Wachstum zu ermöglichen und damit nachhaltige Entwicklung zu fördern. Start-

ups und Gründer sind nicht unsere erste Zielgruppe. Nicht zuletzt, weil sie vor Ort eine noch intensivere Betreuung wünschen und auch brauchen, als wir leisten können.

An Tech-Hubs und anderen Gründerzentren beteiligen Sie sich also nicht?

Nein, das wäre für uns zu speziell. Das bedeutet aber nicht, dass wir solche Initiativen nicht gut finden. Die Erfahrung zeigt, dass Gründer von einem stimmigen Umfeld profitieren. Tech-Hubs bieten typischerweise eine gute digitale Infrastruktur, kreativen Austausch mit Kollegen sowie Kontakte zu Finanzinstituten. Meist sind solche Zentren auch international gut vernetzt.

Was für eine Art von Wirtschaftswachstum braucht Afrika, um genügend Arbeitsplätze für die vielen Millionen junge Leute zu schaffen? Innovative Websites reichen vermutlich nicht.

Wir beobachten, dass die vielen neuen Online-Plattformen und Apps, die in Afrika entstehen, zwar nur eine begrenzte Anzahl an Arbeitsplätzen schaffen, aber dennoch die Lebensverhältnisse vor Ort verbessern. Sie erweitern die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher und bieten ihnen viel besseren Zugang zu Informationen, als sie bisher hatten. Das ist wichtig. Andererseits entstehen so nur wenige Jobs, und zwar vor allem für vergleichbar gut ausgebildete Leute. Auch das ist wichtig, weil es Perspektiven für qualifizierte Kräfte bietet. Klar ist aber auch, dass viele Arbeitsplätze für weniger qualifizierte Menschen gebraucht werden. Also muss das produzierende Gewerbe wachsen. Strategisch besonders wichtig ist die Verarbeitung von agrarischen und anderen Rohstoffen in Afrika sowie die Verbesserung von Lieferketten.

Die DEG unterstützt auch deutsche und europäische Firmen beim Engagement in Entwicklungsländern. Ist es beschäftigungs- und wirtschaftspolitisch relevant, ob Arbeitsplätze bei heimischen oder internationalen Unternehmen entstehen?

Beschäftigungspolitisch ist eigentlich zweitrangig, wer die Arbeitsplätze schafft, solange möglichst viele entstehen. Ein Vorteil ausländischer Investoren ist, dass sie zusätzliches Know-how und Expertise mitbringen. Sie nutzen moderne Technik und aktuelle Managementmethoden. Andererseits werden diese Unternehmen sicher-



Textilarbeiterin in einer nigerianischen Fabrik, die mit DEG-Geld unterstützt wird.

lich nicht genug Arbeit für alle schaffen, also müssen sich auch die lokalen Firmen entwickeln. Die lokale Industrie wird ausschlaggebend sein. Die Rahmenbedingungen müssen aber sowohl für ausländische als auch für heimische Investoren stimmen – und das berührt wieder die bereits erwähnten Punkte wie Infrastruktur, solide Regierungsführung und Formalisierung der Wirtschaft.

Wer die Wirtschaftszeitungen reicher Länder liest, kann den Eindruck gewinnen, dass die ökonomischen Rahmenbedingungen umso besser sind, je niedriger die Steuern sind. Formalisierung bedeutet aber auch, die große Vielzahl kleiner informeller Betriebe zu besteuern.

In Europa halten wir heute viele Dinge für selbstverständlich, die letztlich auf staatlicher Daseinsvorsorge beruhen. Eine moderne Volkswirtschaft braucht nun mal eine gute Infrastruktur, und das schließt funktionierende Bildungs-, Gesundheits- und Rechtssysteme ein. Klare Regeln erleichtern die Unternehmenstätigkeit – nehmen Sie zum Beispiel die Lebensmittelverarbeitung. Wenn es verbindliche Haltbarkeitsdaten, Auskunftspflichten über Zutaten und so weiter gibt, muss das Management zwar für die Einhaltung sorgen, sich aber nicht selbst den Kopf darüber zerbrechen, welche Standards sinnvoll und nötig sind. Tech-Gründer wiederum brauchen den Schutz ihres geistigen Eigentums. Auf diese gesetzlichen Bestimmungen müssen sich alle ver-

lassen können. Korruption unterhöhlt die Funktionstüchtigkeit von Verwaltungen. In diesem Sinne hat ein gutes Investitionsklima viele verschiedene Aspekte. Die Vorstellung, Märkte seien umso dynamischer, je weniger staatlichen Eingriffen sie ausgesetzt sind, führt in die Irre. Es kommt immer auf die richtige Balance an.



CHRISTIANE LAIBACH
ist Vorsitzende der
Geschäftsführung der DEG
– Deutsche Investitions- und
Entwicklungsgesellschaft. Die

DEG gehört zur KfW Bankengruppe und fördert die Privatwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern.

presse@deginvest.de

Innovativ und entwicklungs-fördernd

Die DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft unterstützt Unternehmen nicht nur mit Finanzierung. Sie bietet mehr an – etwa das Programm Up-Scaling in der Aufbauphase innovativer Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen in Entwicklungsländern.

Dieses Angebot richtet sich an Unternehmen, die für klassische Mikrokredite zu groß sind, aber noch wachsen müssen, um für Geschäftsbanken attraktiv zu sein. Das Up-Scaling-Programm ist eines der Förderprogramme, die die KfW-Tochter DEG anbietet, um ihre Kunden gezielt zu unterstützen und ihren entwicklungspolitischen Auftrag wahrzunehmen. Seit Einführung des Up-Scaling-Programms im Dezember 2013 hat es knapp 50 Unternehmen aus 16 verschiedenen Ländern unterstützt. Die meisten sind afrikanisch. Förderungsbedingung ist ne-

ben der Innovationskraft unter anderem, dass das Geschäftsmodell positive Entwicklungseffekte generiert.

Eines der geförderten Unternehmen ist SOKO. Diese Online-Plattform verbindet ländliche Schmuck-Werkstätten in Kenia mit dem Weltmarkt. SOKO hat eine digitale Lieferkette für mehr als 2300 unabhängige Kunsthandwerker aufgesetzt. Diese erhal-

ten über eine SOKO-App Bestellungen und fertigen den Schmuck nach vorgegebenen Produktdesigns an. Dabei setzen sie recyceltes Messing und nachhaltig und lokal bezogene Materialien wie afrikanisches Ankole-Horn, Holz oder Knochen ein. In der SOKO-Zentrale in Nairobi werden die Stücke anschließend veredelt und an die Endkunden in aller Welt verschickt. Die „virtuelle Fabrik“ ermöglicht es den Künstlern, trotz abgelegener Produktionsstandorte internationale Märkte zu erschließen. Bis zu fünfmal mehr verdienen die Handwerker dank des Systems.

SOKO investiert rund 3 Millionen Euro, um sein Geschäftsmodell weiterzuentwickeln. 749 000 Euro davon stellt die DEG im Rahmen des Up-Scaling-Programms aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereit. Damit kann SOKO unter anderem eine automatisierte Vergoldungsanlage finanzieren. Viele der im Rahmen des Up-Scaling-Programms finanzierten Start-ups etablieren sich am Markt und sind so erfolgreich, dass sie die Fördermittel zurückzahlen können.

Auch dem deutschen Green-Tech-Start-up Bio-Lutions (siehe Interview auf S. 19) hat die DEG 2017 Mittel aus dem Up-Scaling-Programm zur Verfügung gestellt. Sie waren für den Aufbau einer Pilotanlage für biologisch abbaubare Verpackungen und Einweggeschirr aus Pflanzenresten in Indien bestimmt. Seit dem vergangenen Jahr begleitet die DEG das Hamburger Unternehmen auch als Anteilseigner in die nächste Phase: Bio-Lutions baut die Produktion in mehreren Ländern aus. DEG



Kenianische Kunsthandwerkerin, die SOKO nutzt.



Das Umfrageteam in Monrovia mit unseren Co-Autoren (SalaMartu Stephanie Duncan, links, und Michael Konow, ganz vorn) plus Torsten König, einem weiteren Unterstützer aus Hamburg.

ARBEITGEBER

Fürsprecher des Privatsektors

Liberia hat gute, aber noch weitgehend ungenutzte Entwicklungschancen. Der lange Bürgerkrieg in den 1980er und 1990er Jahren hat das einst blühende Land verheert. Die Ebola-Epidemie hat den Wiederaufbau seit dem Friedensvertrag von 2003 unterbrochen. Eine aktuelle Umfrage unter Unternehmen zeigt, was die Regierung tun muss, um das Wirtschaftsklima zu verbessern und die Entstehung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Von SalaMartu Stephanie Duncan und Michael Konow

Im Zuge einer schlimmer werdenden wirtschaftlichen und sozialen Krise nimmt in Liberia seit Monaten die Kritik an der Regierung zu. In diesem Umfeld hat Liberias Handelskammer (Liberia Chamber of Commerce – LCC) die erste systematische Erhebung unter Unternehmen durchgeführt, um das aktuelle Wirtschaftsklima zu dokumentieren. Die Handelskammer Hamburg hat sie dabei unterstützt.

Im Dezember 2019 wurden 126 Unternehmen verschiedener Branchen befragt. Die Hälfte davon bewertete die aktuelle Lage als schlecht, nur neun Prozent nannten sie gut. Zu den negativen Faktoren gehörten:

- unzuverlässige, aber teure Versorgung mit Strom, sicherem Trinkwasser und Treibstoff,
- hohe Zinsen,
- der schwierige Zugang zu Finanzdienstleistungen,

- der stark schwankende Wechselkurs und
- schlechte Infrastruktur, besonders mit Blick auf Straßen.

All das muss besser werden, damit Firmen wachsen und mehr Jobs schaffen. Viele Unternehmen verwenden Dieselgeneratoren, und die Wasserversorgung wurde noch nicht vollständig rehabilitiert.

Es gab auch Klagen über Behörden. Sie bezogen sich auf Steuern, mangelnde Abstimmung zwischen Ämtern sowie Schwierigkeiten bei der Beantragung oder Erneuerung von Lizenzen, Genehmigungen und Registrierungen.

Liberia hieß früher wegen des hier angebauten Nelkenpfeffers „Pfefferküste“. Das Land exportiert aber auch Gummi, Holz, Eisenerz, Gold, Diamanten und Öl. Die Wirtschaft stützt sich auf Rohstoffausfuhren, aber die Außenhandelsbestimmungen für diese Branche lassen zu wünschen übrig. Unternehmensführer bemängeln, dass:

- sie zu viele Dokumente vorlegen müssten,
- Regeln intransparent seien und
- Liberias Zölle nicht mit denen innerhalb der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (Economic Community of West African States – ECOWAS) abgestimmt seien.

Die Umfrageergebnisse sind aber nicht nur negativ. 43 Prozent der Befragten erwarten, dass sich die Lage ihres Unternehmens in diesem Jahr verbessern wird. Derweil rechnen 31 Prozent mit Verschlech-

terung. Optimismus überwiegt. Viele Befragte fordern derweil, die Regierung solle die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern. Vorrangig sind dabei die bereits genannten Probleme.

Die Umfrageergebnisse wurden im Rahmen einer LCC-Veranstaltung veröffentlicht. Unternehmensvertreter lobten die Studie, und die Medienberichterstattung war gut. Ein Manager stellte jedoch enttäuscht fest, die Regierung habe niemanden zu der Veranstaltung geschickt.

Torsten König, der die Statistikabteilung der Hamburger Handelskammer leitet, hat die LCC bei der Gestaltung der Umfrage unterstützt. Ihm zufolge kommt es darauf an, „die richtigen Fragen zu stellen, die Daten akkurat zu erfassen und zusammenzustellen und auf dieser Basis relevante Schlüsse zu ziehen“ (siehe auch Beitrag von Michael Konow in der Rubrik Tribüne des E+Z/D+C e-Papers 2018/05). König sagt, Unternehmensumfragen gehörten zu den wirkungsvollsten Instrumenten einer Handelskammer. Letztlich dienten sie dazu, Regierungen zu beraten.

Unternehmensverbände wie die LCC spielen im politischen Leben eine wichtige Rolle, denn sie sprechen für den Privatsektor. Eine starke Dreiviertelmehrheit der Befragten in Liberia wollte denn auch von einem Verband vertreten werden. Entsprechend stark ist das Mandat der LCC. Sie wurde 1951 gegründet und vertritt heute 350 Unternehmen und Verbände, einschließlich multinationaler Konzerne wie Firestone. Die LCC vertritt zudem Liberias Unternehmen in Dreierverhandlungen mit Regierung und Gewerkschaften.

LINK

Liberia Chamber of Commerce (LCC):
www.liberiachamber.org



SALAMARTU STEPHANIE DUNCAN

ist die Hauptgeschäftsführerin der Liberia Chamber of Commerce (LCC).

salamartu@gmail.com



MICHAEL KONOW

ist Leiter der Abteilung Internationale Projekte und Partnerschaften der Handelskammer Hamburg.

michael.konow@hk24.de

START-UPS

Talente überall, Chancen nicht

MEST Africa ist ein Ausbildungsprogramm für Unternehmen, ein Startfonds und ein Technologie-Inkubator mit Sitz in der ghanaischen Hauptstadt Accra. MEST hat weitere Niederlassungen auf dem ganzen Kontinent. MEST stand ursprünglich für „Meltwater Entrepreneurial School of Technology“, wurde aber der Einfachheit halber in MEST Africa umbenannt. Marketingmanagerin Veronica Mulhall erklärt in E+Z/D+C die Idee hinter MEST.

Veronica Mulhall im Interview mit Sabine Balk

Was genau macht MEST Africa?

Die Arbeit von MEST lässt sich in drei Bereiche unterteilen:

- Das MEST-Trainingsprogramm ist ein einjähriges, vollständig gesponsertes Programm für Unternehmer im Tech-Bereich in Accra. MEST Africa basiert auf der Idee, dass Talent überall vorhanden ist, Chancen jedoch nicht. Wir nennen unsere Teilnehmer „Unternehmer in Ausbildung“ und gewähren ihnen ein volles Stipendium für eine

MBA-ähnliche Ausbildung (Master of Business Administration) mit dem Schwerpunkt Softwareentwicklung. Es handelt sich um ein intensives praktisches Training, das von panafrikanischen Mitarbeitern geleitet wird und zu dem Gastdozenten, die Experten auf ihrem Gebiet sind, beitragen. Die ausgewählten Teilnehmer gehören zu den vielversprechendsten Unternehmern des Kontinents. Der aktuelle Ausbildungsjahrgang repräsentiert 14 Länder Afrikas. Das Programm vermittelt die Fähigkeiten, die Unternehmer wirklich benötigen. Dazu gehören Kommunikation, Wirtschaft und Technologie.

- **MEST-Seed-Finanzierung:** Die Absolventen des Ausbildungsprogramms und die Gewinner des jährlichen MEST Africa Challenge-Wettbewerbs sind eingeladen, unserem Vorstand, der sich aus erfahrenen Investoren zusammensetzt, Vorschläge zu unterbreiten. Die Gewinner erhalten eine Finanzierung im Wert von 50.000 bis 250.000 Dollar. Damit unterstützen wir sie bei der Gründung und dem Aufbau ihrer Unternehmen in einem unserer panafrikanischen Inkubatoren.

- Wir betreiben MEST-Hubs in vier Städten: Accra, Lagos, Nairobi und Kapstadt. Sie dienen als Zentren für das Unternehmertum und bieten derzeit Dienstleistungen für mehr als 50 Start-ups an. Dazu gehören Unterstützung vor Ort, Mentoring und ein globales Netzwerk.

Wie viele Männer und Frauen sind eingeschrieben?

Etwa ein Drittel des jetzigen Ausbildungsjahrgangs, der aus 56 Personen besteht, sind Frauen. MEST plant aber, ein auf Frauen ausgerichtetes Bootcamp zur Bewerbung durchzuführen. Wir streben für den nächsten Jahrgang eine paritätische Zahl an.

Wie kann man an Ihrem Ausbildungsprogramm teilnehmen?

Unsere Zielgruppe sind engagierte Unternehmer aus ganz Afrika. Sie können sich über ein Online-Portal bewerben. Bewerber, an denen wir interessiert sind, nehmen an einem Test zur Beurteilung ihrer Fähigkeiten teil, um ihre Stärken zu bewerten und den Pool weiter zu filtern. Für die, die weiterkommen, machen wir dann mehrere Runden von Telefon- und Gruppeninterviews. Ganz zum Schluss machen wir Einzelinterviews von 30 bis 45 Minuten. Diese letzte Phase erreichen etwa 50 bis 100 Bewerber. Während des Einzelgesprächs stellt eine Jury Fragen zum Lebenslauf, Profil und

Erfolgreiche MEST-Start-ups

Ziel von MEST ist es, weltweit erfolgreiche Unternehmen zu unterstützen, die in Afrika Arbeitsplätze schaffen. Bis heute gibt es über 60 Technologie-Start-ups, mit Gründern, die das MEST-Ausbildungsprogramm absolviert haben. Hier drei Beispiele.

MeQasa wurde von Kelvin Nyame, Kofi Amuasi und Rashad Seini aus der MEST-Klasse von 2013 gegründet und ist Ghanas führender Online-Marktplatz für Immobilien. Das Unternehmen arbeitet mit

Maklern, Eigentümern und Mietern zusammen. 2017 hat MeQasa den Mitbewerber JumiaHouse Ghana gekauft. Dadurch entstand die größte Immobilienplattform Ghanas. <https://meqasa.com/about-us>

Asoriba ist eine in Ghana, Nigeria, Kenia und Südafrika tätige Plattform für kirchliche Gemeinden und ihre Verwaltung. Sie wurde 2015 von Saviour Enyam Dzage, Nana Opoku W. O. Agyeman-Prempeh, Patrick Ohemeng Tutu und Jesse John-

son gegründet. Die vier Unternehmer fanden während des MEST-Trainingsprogramms zueinander. Die Asoriba-App ermöglicht es den Mitgliedern, Andachten und Informationen über Veranstaltungen zu erhalten sowie Gebetsanliegen zu senden oder Geld zu spenden. <https://www.asoriba.com/about-us/index.html>

Amplify ist ein nigerianisches Unternehmen, das von Segun Adeyemi und Maxwell Obi aus der MEST-Klasse von 2015 gegründet wurde. Es bietet Zahlungslösungen für Unternehmen. <https://amplifypay.com/>

Leti Arts wurde 2009 von Eyram Tawia aus Ghana und Wesley Kirinya aus Kenia gegründet. Als Online-Spielhersteller mit Niederlassungen in Accra und Nairobi hat Leti Arts das Ziel, afrikanische Talente zu nutzen, um hochwertige und interaktive Medienspiele, Comics und mobile Anwendungen zu entwickeln. Die Produkte von Leti drehen sich um Geschichten von afrikanischen Superhelden. Das Unternehmen will Spiele entwickeln, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind, wie das neue, interaktive Quizspiel MTN Ghana's Hottseat. <http://www.letiarts.com/>



Erfolgreiche MEST-Absolventin (rechts).

Eines unserer Mottos lautet: „Einmal ein MESTler, immer ein MESTler“. Alle Alumni haben Zugang zu unserem Netzwerk von Mentoren, Alumni und Partnern.

Wie ist die MEST entstanden – und warum ist der Sitz in Ghana?

Meltwater-Gründer und CEO Jorn Lyseggen hat MEST 2008 als ein panafrikanisches Ausbildungsprogramm ins Leben gerufen. MEST wird von der Meltwater Foundation, dem gemeinnützigen Zweig von Meltwater, einem weltweit führenden Anbieter von Medieninformationen, finanziert. Die Idee war, dass Menschen mit der richtigen Unterstützung und Anleitung großartige Dinge erreichen können und dass besonders jungen Afrikanern mehr und bessere Möglichkeiten geboten werden müssen. Wir haben gezeigt, dass eine neue Generation junger, erfolgreicher, global denkender Software-Unternehmer aus Afrika kommen kann.



VERONICA MULHALL ist Marketingmanagerin bei MEST Africa in Accra.

veronica@meltwater.org

Erfahrung. Jedes Jahr im August nimmt MEST bis zu 60 neue Entrepreneurs-in-Training in das Ausbildungsprogramm auf.

Was passiert nach dem Abschluss?

Unsere Absolventen kommen zu uns mit dem Ziel, ein Start-up im High-Tech-Bereich zu gründen. Die von ihnen gegründeten Unternehmen decken spezielle Bereiche ab, egal ob sie im sozialen oder traditionellen Sektor arbeiten. Unsere Absolventen ha-

ben in ganz Afrika Unternehmen gegründet, und wir wollen diejenigen unterstützen, die in Afrika Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen können. Nicht alle unserer Absolventen erhalten eine Startfinanzierung, aber diejenigen, die keine erhalten, sind oft als Manager und Führungskräfte erfolgreich und bewirken so auch etwas. Wir betrachten alle Alumni als Teil der MEST-Familie, und ermutigen sie zurückzukommen und ihre neue Ideen für Finanzierung einzubringen.

LÄNDLICHER RAUM

Bessere Arbeitsförderung für junge Leute

In abgelegenen Regionen Afrikas haben es junge Menschen schwer, sichere und gut bezahlte Arbeit zu finden. Entwicklungspartner gestalten Programme, die ihnen das erleichtern können.

Von Claudia Knobloch und Christian Pirzer

Entwicklungspolitische Akteure gehen ein großes Problem in Afrika an: die lokale Wirtschaft dabei zu unterstützen, Jobs für geschätzt 25 Millionen junge Menschen zu schaffen, die jährlich auf den Arbeitsmarkt kommen. Bis 2030 werden 320 Millionen neue Stellen gebraucht.

Fast die Hälfte der Neueinsteiger in den Arbeitsmarkt lebt auf dem Land, 70 Prozent davon sind jünger als 30 Jahre. Der enorme Bedarf und die Bedeutung von Beschäftigung für das Wirtschaftswachstum machen effiziente und effektive Förderprogramme erforderlich.

Arbeitssuchende junge Afrikanerinnen und Afrikaner auf dem Land haben es nicht einfach: Sie haben kaum Zugang zu Land, Märkten, Krediten, Qualifizierungsangeboten und Arbeitsvermittlung. So sind viele arbeitslos, unterbeschäftigt oder arbeiten als Kleinunternehmer mit sehr niedrigem Einkommen.

Um zu ermitteln, wie sich die Lage verbessern lässt, gab die GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine Studie in Auftrag. Diese untersucht elf Programme der GIZ, die Jugendbeschäftigung im ländlichen Raum fördern, und identifiziert Erfolgsfaktoren, die im Folgenden präsentiert werden.

PROGRAMME INSTITUTIONELL EINBETTEN

Die Programme müssen auf nationale oder kontinentale Agenden abgestimmt sein, um von den politischen Partnern akzeptiert zu werden. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Programm ATVET (Agricultural Technical Vocational Education and Training). ATVET ist Teil des Programms zur Entwicklung der Landwirtschaft in Afrika (Comprehensive Africa Agriculture Development Programme), einer Vorzeigeeinitative der Afrikanischen Union (AU).

ATVET fördert landwirtschaftlich-technische Ausbildungen in zwölf AU-

Mitgliedstaaten. Das Unterrichtsmaterial entspricht nationalen Zertifizierungsanforderungen, so dass staatliche Berufsschulen es nutzen können. Durch die Anbindung an die AU genießt ATVET hohes Ansehen bei den nationalen Partnern; sie sehen ATVET eher als kontinentale Initiative und weniger als ein Programm internationaler Entwicklungsorganisationen.

Generell sollten sich Entwicklungsprogramme gut integrieren und eng mit lokalen Strukturen zusammenarbeiten. Es ist beispielsweise sinnvoll, Schulungselemente und andere Fördermaßnahmen mit nationalen Programmen der Arbeitsförderung zu verknüpfen. Die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren macht Programme zwar komplexer, aber auch wirksamer.

„Pro-Poor Growth and Promotion of Employment in Nigeria (SEDIN III)“ ist ein Beispiel für solch ein Programm; es bezieht öffentliche Institutionen in das Programmdesign ein, um die Finanzkompetenz von Jugendlichen besser zu fördern. Die Lehrpläne sind in das nationale Bildungssystem integrierbar – landesweit wurden so bisher schon mehr als 60 000 junge Menschen erreicht.

MITSPRACHERECHT FÜR JUNGE MENSCHEN SCHAFFEN

Jugendliche im ländlichen Raum haben oft das Gefühl, dass Politiker ihre Interessen nicht ausreichend berücksichtigen. Das GIZ-Vorhaben „Ernährungssicherheit durch verbesserte landwirtschaftliche Produktivität im Westen Kenias (FSP)“ will das ändern. Das Programm berät nationale und lokale Beamte in Kenia dabei, nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Es bezieht auch Jugendverbände in die Beratungsprozesse für nationale Strategien ein, die die ländliche Jugend betreffen. Die Jugendlichen erhalten die Möglichkeit, direkt mit ihren nationalen und regionalen Regierungen zu reden. Das schafft Vertrauen und im Ergebnis wirkungsvollere Strategien unter Berücksichtigung der Interessen von Jugendlichen auf dem Land.

ATTRAKTIVITÄT DER LANDWIRTSCHAFT STEIGERN

Jugendliche betrachten Landwirtschaft oft als Tätigkeit, die wenig attraktive Arbeitsbedingungen und kaum Möglichkeiten zur Einkommensgenerierung bietet. Die meis-



Landarbeit hat keinen guten Ruf: junger Tansanier.

ten kennen Landwirtschaft nur von ihren Eltern und Großeltern, die häufig mit veralteten Methoden und Geräten arbeiten. Programme können dieses Image ändern, indem sie Chancen, gute Arbeitsbedingungen und moderne Praktiken in der Landwirtschaft aufzeigen.

Zum Beispiel können Programme die Entwicklung moderner Lieferketten in der Agrar- und Ernährungswirtschaft fördern und deutlich machen, dass Lebensmittelverarbeitung und -lieferung viel Potenzial für unternehmerische Aktivität und eine attraktive Gewinnmarge bietet. Die Agrar- und Ernährungswirtschaft bietet diverse Arbeitsmöglichkeiten und reicht von Produktion von Setzlingen und Dünger über landwirtschaftliche Produktion und Ernte bis zu Verarbeitung, Verpackung, Transport und Vermarktung. Auch Verbraucher, Gastronomie und die Entsorgung von Müll spielen eine Rolle. Mehr Einblick in Landwirtschaft, neue Technologien und verwandte Branchen kann das Interesse der Jugendlichen wecken

DAS SPEKTRUM DER JOBFÖRDERUNG ERWEITERN

Arbeitsförderung umfasst Aktivitäten wie Qualifizierung, Unternehmensentwicklung und Arbeitsvermittlungsdienste. Diese sind umso wirksamer, je besser sie aufeinander abgestimmt werden.

Das zeigt beispielsweise Marokkos Programm zur „Förderung der Jugendbeschäftigung im ländlichen Raum (PEJ II)“. Im Auftrag des BMZ haben GIZ und marokkanische Regierungsbehörden einen integrierten Ansatz zur Förderung von Beschäftigung im ländlichen Raum entwickelt. Gemeinsam mit Organisationen der Zivilgesellschaft werden lokale Arbeitsämter auf dem Land eingerichtet, die Arbeitsvermittlung und an die lokalen Bedürfnisse angepasste Kurzzeit-Qualifizierungen anbieten. Außerdem etabliert das Programm lokale Gremien, die ein Unterstützungssystem für junge Unternehmer aufbauen und koordinieren. Die Gremien unter Leitung des lokalen Provinzgouverneurs bestehen aus Vertretern des öffentlichen und privaten Sektors sowie der Zivilgesellschaft.

JUNGE UNTERNEHMER UNTERSTÜTZEN

Unterstützungssysteme für Arbeitssuchende und junge Unternehmer sind gerade in ländlichen Regionen oft sehr schlecht entwickelt. Programme, die verschiedene Förderinstrumente kombinieren, können Jugendliche besser in dem unterstützen, was diese gerade benötigen, ob es Zugang zu Finanzdienstleistungen oder weiterführende Unterstützung durch Mentoren ist.

Ein gutes Beispiel dafür ist das Beschäftigungsförderungsprogramm (EPP III) der GIZ in Sierra Leone. Wer erfolgreich ein

Training zu grundlegenden Managementfähigkeiten absolviert hat, kann am Coaching-Programm „SME Loop“ der GIZ für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) teilnehmen. Dieses Programm coacht junge Unternehmerinnen und Unternehmer in Geschäftskompetenz, Produkt-/Marktpositionierung, Unternehmergeist, Verhandlungsführung, Kundenbeziehungen und Finanzkompetenz. Erfolgreiche Absolventen des SME Loops können dann aus dem GIZ-Programm „Facility for Innovation“ zudem Fördermittel für ihr Unternehmen beantragen.

UNTERNEHMERN HELFEN, MARKTNISCHEN ZU ERKENNEN

Junge Unternehmer wissen oft nicht, wo sie anfangen sollen. Eine große Hilfe ist es, Marktchancen über eine lokale Recherche zu Geschäftsmöglichkeiten zu identifizieren. Das tunesische Programm „Nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (PAD II)“ etwa nutzt solche Studien, um produktive und vielversprechende Geschäftsmöglichkeiten in der Agrarwertungskette aufzutun. Es hat jungen Unternehmern auf dem Land zu Geschäftsideen verholfen, die tatsächlich gefragt sind, wirtschaftliche Aktivität in der Region verbessern und nachhaltige Einnahmequellen für Jugendliche schaffen.

JUGENDSPEZIFISCHE INDIKATOREN VERWENDEN

Es ist wichtig, den Programmerfolg zu überwachen und zu bewerten. Dabei sollten für die Maßnahmen der Jugendbeschäftigungsförderung im ländlichen Raum eigene Indikatoren verwendet werden. Bisher wurden diese Indikatoren oft erst nachträglich in einem zuvor festgelegten Bewertungsrahmen hinzugefügt. Bei der landwirtschaftlichen Berufsausbildung für Frauen (ATVET4Women) etwa spiegeln die Kennzahlen den geschlechtsspezifischen Ansatz des Programms kaum wider. In der nächsten Phase wird ATVET4Women daher neue, relevantere Indikatoren einführen.

AUSTAUSCH ÜBER BEWÄHRTE ANSÄTZE FÖRDERN

Es ist in der Entwicklungszusammenarbeit relativ neu, Jugendbeschäftigung in

ländlichen Gebieten explizit zu fördern. Erfahrungsaustausch zwischen den Programmen kann dazu beitragen, erfolgreiche Ansätze in die allgemeine Praxis zu überführen. Kontinentale oder globale GIZ-Programme wie „Beschäftigung für nachhaltige Entwicklung in Afrika“ (E4D) oder „Grüne Innovationszentren der Agrar- und Ernährungswirtschaft (GIC)“ enthalten starke Peer-Learning-Elemente, die helfen, bewährte Ansätze und Praktiken zu übernehmen. E4D veranstaltet beispielsweise regelmäßig Konferenzen, bei denen Geber, Vertreter der Regierung und Wissenschaftler sich mit dem E4D-Team zu den Ergebnissen und Lehren aus dem Vorhaben austauschen.

MASSNAHMEN MIT DEN PARTNERN KOORDINIEREN

Das Thema Jugendbeschäftigung betrifft viele Akteure und umfasst meist verschiedene Ministerien. Oft blockiert so genanntes Silodenken den Fortschritt – was sich durch eine bessere Abstimmung aller Beteiligten vermeiden ließe. Steuerungsgremien können sicherstellen, dass sich alle beteiligten Abteilungen und Organisationen abstimmen und Sichtweisen beachten, die bisher nicht berücksichtigt wurden.

Programme wie „Eco-Emploi“ in Ruanda oder „Landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten für nachhaltige Entwicklung (A4SD)“ haben Steuerungsgremien eingerichtet, um Prioritäten festzulegen und Maßnahmen zu koordinieren. Die Ausschüsse setzen sich aus Vertretern der zuständigen

Ministerien, privatwirtschaftlichen Unternehmen und Berufsschulen sowie Fachleuten zusammen. Ihre Treffen helfen, Vertrauen aufzubauen, Zusammenarbeit zu fördern und Maßnahmen zu koordinieren.

CO-FINANZIERUNG ANSTREBEN

Co-Finanzierung kann Programme flexibler machen, wenn die Partner um komplementäre Ziele bemüht sind. Einige Programme haben daher mehrere Finanzierungspartner – neben dem BMZ etwa die EU, philanthropische Stiftungen und privatwirtschaftliche Geldgeber.

Das A4SD-Programm etwa konnte dank Co-Finanzierung durch die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung seine Reichweite vergrößern. Gleichzeitig wurden andere Organisationen ermutigt, sich ebenfalls an dem Vorhaben zu beteiligen.

LINK

Weitere Informationen über die Arbeit der GIZ zur Arbeitsförderung junger Landbevölkerung: <https://www.giz.de/en/worldwide/67975.html>



CLAUDIA KNOBLOCH
ist Direktorin des Berliner Forschungs- und Beratungsinstituts Endeava UG. c.knobloch@endeva.org



CHRISTIAN PIRZER
ist Projektleiter bei Endeava UG.

c.pirzer@endeva.org



Auch Lieferung und Verarbeitung sind wichtig: Südafrikanische Arbeiter sortieren Kartoffeln.

ARBEITSMARKT

Formalisierung ist für Kleinunternehmer unattraktiv

Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und die Formalisierung von Beschäftigungsverhältnissen gelten als wichtige Schritte zum Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft und zu sozialer Sicherheit. Formelle Beschäftigung ist Voraussetzung für Einnahmen aus Einkommen- und Lohnsteuer – die wiederum den Staat in die Lage versetzen, die Bürger mit notwendigen Dienstleistungen zu versorgen. In Mosambik fehlen jedoch die Voraussetzungen für eine Transformation des Arbeitsmarktes.

Von Friedrich Kaufmann und Winfried Borowczak

In Mosambik gibt es nach offiziellen Daten knapp 1,1 Millionen formell Beschäftigte. Zumindest theoretisch verfügen sie über einen Arbeitsvertrag, erhalten den gesetzlichen Mindestlohn, genießen Kündigungsschutz und haben eine Sozialversicherung. Ob das in der Realität immer so ist und ob die Unternehmen korrekt alle Steuern und Sozialabgaben abführen, ist fraglich. Problematischer ist jedoch, dass diesen Arbeitnehmern rund 11 Millionen Menschen gegenüberstehen, die im informellen Sektor der Wirtschaft arbeiten, und das bei einer schnell wachsenden Bevölkerung. Somit kommen auf jeden Beschäftigten im formellen Sektor zehn Beschäftigte im informellen Sektor. Letztere arbeiten vor allem in der wenig produktiven Subsistenzlandwirtschaft, der kleinen Küstenfischerei, im Kleinhandwerk und -handel sowie in sonstigen Dienstleistungsbereichen wie Wachdienste, Hausangestellte et cetera.

Zwar ist die Wirtschaft Mosambiks seit Ende der 1990er Jahre durchschnittlich pro Jahr um etwa sieben Prozent gewachsen. Es drängen aber auch jedes Jahr bis zu 500 000 junge Leute auf den Arbeitsmarkt. Diese kann der kleine formelle Sektor des Landes unmöglich aufnehmen: Er hat über die vergangenen zwei Jahrzehnte lediglich 18 200 Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen

(Balchin, 2017). Zugleich scheinen auch die Kapazitäten des informellen Sektors weitgehend erschöpft zu sein. Indikator dafür ist, dass rund 80 Prozent der dort Beschäftigten weniger als zwei Dollar pro Tag verdienen (Balchin, 2017). Der informelle Sektor ist in der Regel eine „Überlebensökonomie“ ohne ausreichendes Einkommen und ohne soziale Sicherung.

In Mosambik gibt es drei Arbeitsmarktsegmente mit unterschiedlichen Formalisierungsgraden, Gewichten und Hemmnissen: erstens den öffentlichen Dienst, zweitens Unternehmen einschließlich öffentlicher beziehungsweise staatlicher Unternehmen und drittens Institutionen ohne Erwerbscharakter sowie private Haushalte.

DER ÖFFENTLICHE DIENST

Der öffentliche Dienst ist traditionell ein wichtiger Arbeitgeber mit formalisierten Beschäftigungsverhältnissen. Viele Mosambikaner bevorzugen eine vergleichsweise si-



chere und oft mit gewissen Privilegien ausgestattete Anstellung im Staatsdienst, sei es in der staatlichen Verwaltung (Ministerial-, Provinz-, Distrikt- und Kommunalverwaltungen) oder angelagerten Diensten (Polizei, Zoll, Schulwesen, Gesundheitsdienst und ähnliches). Der öffentliche Dienst ist eng verwoben mit der Regierungspartei Frelimo und ihrer klientelistischen Logik. Nötig wäre eine Entflechtung von Staat und Partei, eine durchgehende Qualifizierung der öffentlich Beschäftigten und die Besetzung nach Qualifikation anstelle von Vetternwirtschaft. Zu mehr Beschäftigung würde eine solche Reform allerdings nicht führen. Auch ist der finanzielle Spielraum für Neueinstellungen begrenzt. Nicht zuletzt die jüngste Finanzkrise seit 2016 zwingt den Staat zu erheblichen Ausgabenbeschränkungen.

UNTERNEHMEN

Unternehmen sollten der Haupttreiber für formelles Beschäftigungswachstum sein.



Fabrikarbeiter in der Kopro-Produktion in Quelimane in Mosambik. Aus Kopro, getrocknetem Kokosfleisch, wird Kokosöl gewonnen.

Dies war in Mosambik in den vergangenen Jahren aus mehreren Gründen nur begrenzt der Fall:

- Die Zahl der Unternehmen wächst, doch für viele kleine Firmen ist es günstiger, informell zu bleiben. Zwar verbessert eine Formalisierung den Zugang zum Bankensystem und zu Krediten. Gleichzeitig bedeutet sie aber eine stärkere Sichtbarkeit, was oft bürokratischen Aufwand, Steuerpflichten, Korruption und andere Belastungen nach sich zieht. Zudem ist eine Formalisierung stets mit Kosten verbunden, doch viele Kleinunternehmer sehen keine Gegenleistung des Staates: Gerade sie haben oft keinen fairen Zugang zu effizienten öffentlichen Dienstleistungen und essenziellen Infrastrukturen wie Strom, Wasser und Sicherheit.

- In Mosambik gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn, an den sich formalisierte Firmen halten müssen. Der Gleichgewichtslohn am Arbeitsmarkt liegt aber in vielen Bereichen darunter. Auch deshalb ziehen informelle Betriebe es vor, sich nicht zu formalisieren. Viele können es sich schlicht nicht leisten, den Mindestlohn zu zahlen: Die informellen Unternehmen sind in der Regel landwirtschaftliche Subsistenzbetriebe sowie andere „Unternehmen aus Not“, die durch Familienarbeit, illegal Beschäftigte, bisweilen sogar Gelegenheitsjobs des Eigentümers überleben. Hohe Beschäftigungseffekte für externe Mitarbeiter sind hier nicht zu erwarten. Oft ist ihr einziges Wettbewerbsargument gerade eben die Informalität mit verminderten Auflagen und ohne Steuerlast.

- Das größte Potenzial für formalisierte Beschäftigungsverhältnisse liegt in Neugründungen formeller Unternehmen, die oft mit ausländischem Kapital geschehen. Zurzeit dürfte es etwa 60 000 Unternehmen in Mosambik geben (INE, 2017). Die meisten davon sind aber Klein- und Kleinstunternehmen, die außer dem Inhaber allenfalls ein bis zwei weiteren Menschen Arbeit bieten. Im Gegensatz zu anderen Ländern hat Unternehmertum in Mosambik nach den langen Jahrzehnten der Kolonialherrschaft, des Sozialismus und der Kriegsphasen kaum Raum gegriffen.

Die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln sind nach wie vor schlecht. Ausländische Unternehmen ziehen es vor, in anderen Ländern zu investieren oder ihre Wertschöpfungsketten in

Mosambik kurz zu halten (s. unseren Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2019/12). Korruption, Kriminalität, fehlende Infrastrukturen, inflexibles Arbeitsrecht und schlecht ausgebildete Arbeitskräfte tragen dazu bei. Im Doing-Business-Index bewegt sich Mosambik seit Jahren um Platz 130 unter den 180 beobachteten Ländern. Mosambik wird eher als Absatzmarkt gesehen, lediglich Rohstoffe, kommerzielle Landwirtschaft sowie Tourismus sind „ortsgebunden“ und erfordern Arbeiten im Land.

Beschäftigungspolitisch brisant ist zudem, dass in Mosambik in bestimmten Branchen, zum Beispiel der Rohstoffindustrie, vergleichsweise kapitalintensiv produ-



Fischer in Mosambik.

ziert wird. Unternehmen versuchen, ihre Abhängigkeit von Arbeitskräften gering zu halten und die Produktivität durch Kapitaleinsatz zu verbessern. Zudem gilt das Arbeitsrecht als sehr arbeitnehmerfreundlich, was Unternehmen zögern lässt, formelle Arbeitsverträge – vor allem langfristige – abzuschließen. Dies alles verhindert, dass in großem Stile formalisierte Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

Offizielle Zahlen zu diesem Arbeitsmarktsegment gibt es nicht. Es ist nach wie vor Usus, Hausangestellte informell zu beschäftigen, um arbeitsrechtliche Verpflichtungen, Steuerzahlungen und Beiträ-

ge zum Sozialsystem zu vermeiden. Sehr viele – nicht nur wohlhabende – Haushalte beschäftigen Putzfrauen, Kindermädchen, Wächter, Gärtner, Fahrer oder Köche. Somit bietet dieses Segment eine wichtige Lebensgrundlage für die arme Bevölkerung, insbesondere im urbanen Bereich. Der Staat toleriert diese Praxis. Große formale Beschäftigungseffekte sind aber auch hier nicht zu erwarten.

AUSBLICK

Unternehmen müssen investieren und sich formalisieren, um mehr formelle Arbeitsplätze zu schaffen und Steuern zu bezahlen. Dafür müssen aber die notwendigen Voraussetzungen seitens des Staates geschaffen werden. Der Staat muss Unternehmen Sicherheit, administrative Effizienz wie auch Rechtsstaatlichkeit sowie die nötige materielle Infrastruktur bieten. Dies ist besonders für kleine und mittlere Unternehmen essenziell wichtig. In Mosambik gibt es aber weiterhin Kriminalität, Korruption und immer wieder aufflammende „kleine Kriege“ in einigen Landesteilen. Unter diesen Rahmenbedingungen bleiben viele Beteiligte lieber in der Schattenökonomie beziehungsweise unterlassen Investitionen. Nur die Transformation Mosambiks in einen Rechts- und Entwicklungsstaat kann diese Probleme lösen. Die Frage ist, ob die herrschende Elite dazu bereit und in der Lage ist.

LITERATUR

Balchin, N., et al., 2017: *Economic transformation and job creation in Mozambique (report)*. London.

INE – Instituto Nacional de Estatística (Hg.), 2017: *IV REGPH 2017*. Maputo.



FRIEDRICH KAUFMANN
ist Leiter der Deutschen
Auslandshandelskammer in
Maputo, Mosambik, gefördert
durch BMZ, GIZ Experts.

friedrich.kaufmann@gmx.net



WINFRIED BOROWCZAK
ist Sozialökonom und freier
Consultant mit den
Schwerpunkten
Privatsektorförderung und

Organisationsentwicklung in Afrika und
portugiesischsprachigen Ländern.

winborow@aol.com

SOZIALES ENGAGEMENT

Mit Bildung die Welt erhellen

Frank Masanta aus Sambia stammt selbst aus schwierigen Verhältnissen. Er engagiert sich als Social Entrepreneur und Bildungsaktivist und gründete 2011 die Sun-spring Charity School im Ng'ombe Township in Lusaka. Dort hat er bereits mehreren hundert benachteiligten Kindern eine Bildungschance geboten. Er beschreibt, wie er sich engagiert und was ihn motiviert.

Von Frank Masanta Jr.

Ich bin als eines von 12 Kindern meiner Familie 1981 in Ndola geboren und in Lusaka aufgewachsen. Mein Vater ließ sich von meiner Mutter scheiden, als ich noch ein Baby war. Er kümmerte sich kaum um mich und investierte nicht in meine Ausbildung. Ich war nicht gut in der Schule und habe die 12. Klasse mit einem allgemeinen Zeugnis abgeschlossen. Mein Vater ist Automechaniker, aber ich habe mich nie für diesen Beruf interessiert, obwohl er oft die Autos der Kunden zu Hause reparierte und ich ihm dabei half. Nach der Prüfung für die 12. Klasse verließ ich das Haus, weil ich unabhängig sein wollte. Ich heiratete 2002.

Die Idee, eine Schule zu eröffnen, kam dadurch, dass ich meine eigenen Kinder aufgrund finanzieller Schwierigkeiten nicht zur Schule schicken konnte. Außerdem wollte ich anderen Kindern, denen es ähnlich wie meinen geht, helfen (siehe dazu auch meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2019/09). Also beschloss ich, eine Schule zu eröffnen, an der ich und meine Frau selbst unterrichten. Durch kleine Gebühren der Schüler wollten wir Miete, Bücher, Möbel und Unterrichtsmaterial bezahlen. Die Lehrer sind Freiwillige mit Stipendien, die ihre täglichen Ausgaben decken, aber keinem vollen Einkommen entsprechen. Langfristig ist der Plan, ausgebildete Lehrer zu beschäftigen, die die Schule weiterführen und Partnerschaften und Unterstützung durch Unternehmen suchen sollen.

Ich wählte Ng'ombe als Ort, weil wir früher dort wohnten und weil ich dort ein als Schule geeignetes Gebäude gefunden

habe. Ng'ombe ist ein armes Viertel mit hoher Bevölkerungsdichte. Es gibt dort zwei staatliche Schulen, an denen der Unterricht zwar kostenlos ist, aber die Eltern dennoch so viel anschaffen müssen – wie Bücher oder Schuluniformen –, dass sich arme Familie das nicht leisten können.

Nach einer Weile erkannte ich, dass man auch Unternehmer sein muss, um eine



Frank Masanta gründete die Sun-spring Charity School in einem Armenviertel in Lusaka.

Schule zu betreiben. Leider kann ich von der Sun-spring Charity School nicht leben. Wir kämpfen sogar darum, alle Betriebskosten zu decken. Ich lebe von einem kleinen Unternehmen namens Think Global Services, mit dem ich Geschäfte tätige, wie die Herstellung von Visitenkarten. Für die Sun-spring Charity School versuche ich immer wieder neue Einnahmen zu beschaffen.

So habe ich bereits einige Märsche in Sambia organisiert und bin bereits mehr als 1000 Kilometer gelaufen, um Gelder für Bildung zu sammeln und das Bewusstsein für das Recht auf Bildung und für nachhaltige Entwicklung zu stärken. Während und nach den Märschen habe ich mich mit Wirt-



schaftsführern und Ministern getroffen, damit sie sich für Bildung für alle sowie für Investitionen und Partnerschaften für Bildung einsetzen.

Ich arbeite auch an verschiedenen Projekten, um Jugendliche durch Unternehmertum zu stärken. Außerdem organisiere ich derzeit den „SDGs&Climate Action Walk“, einen 915 Kilometer langen Marsch im März 2020, um das Bewusstsein für die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung zu schärfen. Ich will die Mittel für den Bau einer Schule gewinnen und für die Pflanzung von einer Million Bäumen bis 2030 als Teil einer Klimaaktion.

Zu meinem Handeln motiviert mich ganz einfach Menschlichkeit. Ich bin Humanist und Christ, und was ich tue, geschieht aus Liebe. Ich glaube daran, was Muhammad Ali sagte: „Der Dienst am Nächsten ist die Miete, die man für sein Zimmer hier auf der Erde bezahlt.“ Ich glaube fest an Bildung. Sie ist das Licht, mit dem man helfen kann, die Welt zu erhellen.

Für die Zukunft wünsche ich mir, ein erfolgreicher Unternehmer und Weltbürger zu sein. Mein Ziel ist es, Geld zu sammeln und Partnerschaften für Bildung aufzubauen. Damit möchte ich mehr Schulen bauen, um mehr Kindern besonders in unterversorgten ländlichen Gebieten Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Und ich möchte ein Umweltschützer sein. Die Welt steht vor noch nie dagewesenen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der dringend kollektive Maßnahmen erfordert.



FRANK MASANTA JR.
ist ein Bildungsaktivist in Sambia. Seine Sun-spring Charity School in Lusaka bietet Vor- und Grundschulbildung für mehr als 100 Mädchen und Jungen.
frankmasanta.jr@gmail.com

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Südafrikas Zeitbombe

Die Jugendarbeitslosigkeit in Südafrika ist eine tickende Zeitbombe: Rund die Hälfte der Menschen zwischen 18 und 34 Jahren hat keinen Job. Ohne Arbeit haben sie kein Einkommen, ohne Einkommen keine Möglichkeit, sich eine Zukunft aufzubauen. Fünf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen könnten helfen, die Situation zu verbessern.

Von Maximilian Matschke

Der Arabische Frühling hat eindrücklich gezeigt, was passieren kann, wenn Massen junger Menschen politisch und ökonomisch verzweifelt sind. Er hat uns auch gelehrt, dass die Zukunft alles andere als vorhersehbar ist. Damit die tickende Zeitbombe der vielen verzweifelten, arbeitslosen und kaum ausgebildeten jungen Menschen nicht explodiert, sollte Südafrikas Regierung strukturelle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergreifen.

48 Prozent der unter 34-Jährigen haben keinen Job, wobei die 18- bis 24-Jährigen, die neu auf den Arbeitsmarkt drängen, am stärksten betroffen sind. Drei Viertel der

arbeitslosen jungen Menschen hatten noch nie einen Job. Frauen sind mit 59 Prozent besonders oft arbeitslos, und insgesamt ist die Lage auf dem Land deutlich schlechter als in der Stadt. Schwarze Südafrikaner sind häufiger arbeitslos als alle anderen ethnischen Gruppen. Eine wichtige Rolle für den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt spielt die Bildung: Mit einem Universitätsabschluss betragen die Chancen, eine Stelle zu finden, 95 Prozent.

Für den durchschnittlichen Jugendlichen sieht die Lage also düster aus. Dabei gibt es Möglichkeiten, sie zu ändern. Die folgenden fünf Vorschläge wären im heutigen Südafrika umzusetzen, ohne dafür das politische System, die Strukturen oder die politischen Ziele ändern zu müssen.

WIRTSCHAFTSTÄTIGKEIT AN AUSGESUCHTEN ORTEN UND IN AUSGESUCHTEN SEKTOREN FÖRDERN

Wirtschaftswachstum lokal gezielt anzukurbeln hat weltweit schon viele Regi-

onen nach vorne gebracht. Pudong, das zu Shanghai gehört, wurde so innerhalb von 20 Jahren von einem landwirtschaftlichen Gebiet zum Geschäftsviertel mit einigen der höchsten Wolkenkratzer der Welt. Für dieses enorme Wachstum sind zwei Faktoren ausschlaggebend: Zum einen der geografische Fokus, zum anderen die Konzentration auf einen bestimmten Wirtschaftsbereich, um ein Netz aus Zulieferern, Ausbildung und logistischer Infrastruktur aufzubauen.

Die meisten Sonderwirtschaftszonen Südafrikas haben keinen oder einen zu weiten Fokus auf bestimmte Branchen. Außerdem liegen sie nicht unbedingt in mittelgroßen Städten, die besonders großes Potenzial haben, sondern in Gegenden ohne Infrastruktur, Arbeitsmarkt oder kompletteren Wertschöpfungsketten. Andererseits verfügt das Land über Industriecluster, die weiter ausgebaut werden könnten, beispielsweise die Automobilindustrie. Internationale Autobauer wie BMW, Ford, Mercedes und Toyota haben ihre Werke hauptsächlich im Norden der Provinz Gauteng oder in den Außenbezirken von Port Elizabeth und East London.

Auch der Tourismus spielt eine wichtige Rolle: Er ist bereits für zehn Prozent der Wirtschaftskraft verantwortlich und bietet zahlreiche Jobmöglichkeiten. Das Potenzial ist groß und bei weitem nicht ausgeschöpft: Schönes Sommerwetter, wenn auf der Nordhalbkugel Winter ist, niedrige Preise im internationalen Vergleich, kulturelle Vielfalt, Spitzenmuseen, tolles Essen und nicht zuletzt Naturattraktionen wie der Krüger-Nationalpark und die Garden Route machen Südafrika zu einem attraktiven Ziel für internationale Touristen.

Ausbaufähig ist zudem die Filmindustrie: Vergleichsweise niedrige Kosten machen das Land für internationale Produktionen interessant. Andere Branchen, darunter die Verarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten und erneuerbare Energien sollten ebenfalls für eine Förderung in Betracht gezogen werden.

JUGENDLICHE ZU GRÜNDERN MACHEN

Viele junge Menschen in den Townships haben Ideen für ein eigenes Business, setzen sie aber nicht um. Ein von mir im Rahmen meiner Feldforschung initiiertes Pilotprojekt ist der Frage nachgegangen, ob sich die



BMW-Werk in Pretoria.



Anhänger der oppositionellen Democratic Alliance auf einer Demonstration für mehr Jobs im Jahr 2016 in Johannesburg.

Förderung von Unternehmertum junger Frauen und Männer lohnt und eine tragfähige Zukunftsperspektive schafft.

Die Teilnehmer wurden nach drei Kriterien ausgewählt: Sie mussten arbeitslose Südafrikaner sein, eine Geschäftsidee haben, die nicht zu komplex ist, und eine hohe Motivation mitbringen. Zu dem dreitägigen Training gehörte unter anderem ein Feedback von Fremden. Dazu mussten die Teilnehmer die Hürde überwinden, auf Fremde zuzugehen, um die eigene Idee vorzustellen und unvoreingenommenes Feedback zu bekommen. Nach den drei Tagen bekam jeder Teilnehmer einen Mentor zur weiteren Unterstützung zur Seite gestellt.

Von den 11 Geschäftsideen haben fünf unmittelbar im Anschluss an den Workshop Umsätze generiert, darunter ein Fitnessstudio, Familiencoaching, ein Obstlieferservice und ein Raumdesigner.

KLEINE UND MITTLERE UNTERNEHMEN GROSS MACHEN

Wenn kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wachsen, entstehen neue Jobs.

Gleichzeitig können sich die südafrikanischen Firmen so besser in internationale Wertschöpfungsketten integrieren, was zu einem Nettowachstum der lokalen Wirtschaft führt.

Um wirklich zusätzliche Jobs zu schaffen, die nicht anderswo in Südafrika abgezogen werden, muss das Wachstum vom Export von Produkten herrühren oder Importe ersetzen. Um dorthin zu gelangen, brauchen KMU üblicherweise Unterstützung bei ihrer Vermarktungsstrategie, der betrieblichen oder der Cashflow-Optimierung. Die Unterstützung kann entweder in gezielter



Beratung bestehen oder in Trainings für Betriebsinhaber und Manager dieser KMU.

DIE INTERKONTINENTALE BESCHÄFTIGUNGS-LÜCKE SCHLIESSEN

Global gesehen gibt es große Unterschiede, was den Bedarf und das Angebot von Arbeitskräften betrifft. In alternden Gesellschaften fehlt es an jungen Leuten, um Arbeitsplätze zu besetzen, während andere Länder unter hoher Arbeitslosigkeit leiden. In Deutschland gibt es zum Beispiel einen großen Fachkräftemangel, unter anderem im Pflegebereich. Prognosen zufolge werden dort bis 2030 300 000 Arbeitnehmer fehlen.

In Südafrika hingegen gibt es viele arbeitslose oder unterbeschäftigte Pflegekräfte. Sie nach Deutschland zu holen nutzt beiden Gesellschaften. Herausforderungen liegen zum Beispiel in Einwanderungsbestimmungen, dem Erlernen einer Fremdsprache und interkultureller Kompetenz auf beiden Seiten.

Das Programm uNowanga des Schwesterordens der Johanniter, St. John, bildet junge, benachteiligte Menschen zu in Deutschland anerkannten Pflegefachkräften aus. Teilnehmer dieses Programms qualifizieren sich für eine vierjährige Ausbildung in Südafrika und Deutschland. Im ersten Jahr lernen sie Deutsch im Goethe-Institut und arbeiten in einem deutschen Altenheim in Südafrika, das von den Johannitern mitbetrieben wird. Wenn ihr Deutsch gut genug ist, machen die jungen Frauen und Männer eine Krankenpflege- oder Altenpflegelehre in Deutschland. Danach können sie entweder in Deutschland arbeiten oder ihre hinzugewonnene Kompetenz in Südafrika einbringen.

BEDARFSORIENTIERTE AUSBILDUNGSPROGRAMME

Trotz der immensen Jugendarbeitslosigkeit in Südafrika haben Unternehmen aus fast allen Branchen Schwierigkeiten, ihre Stellen zu besetzen. Vor allem gut ausgebildete Fachkräfte fehlen. Weder das staatliche noch das private Bildungswesen bildet bedarfsorientiert aus. Viele Firmen haben deshalb ihre eigenen Qualifizierungsprogramme. Dadurch steigen die Personalkosten, und Südafrikas Wettbewerbsfähigkeit mit anderen afrikanischen Ländern, in de-

nen die Lohnkosten niedriger sind, nimmt weiter ab. Besonders schwierig ist die Lage in den Bereichen Technik und Digitalisierung.

Die Wurzel des Problems liegt in der fehlenden Verbindung zwischen Arbeitgebern, Bildungseinrichtungen und den Jugendlichen. Diese wissen den Wert einer Berufsausbildung nicht zu schätzen, kennen die Ausbildungseinrichtungen nicht und können nicht einschätzen, welche Berufe gute Aussichten bieten. Arbeitgeber arbeiten nicht genügend mit den Ausbildungseinrichtungen zusammen und bringen wenig Verständnis für die Herausforderungen mit, denen die Jugendlichen begegnen. Ausbilder wiederum haben Schwierigkeiten, Jugendliche zu rekrutieren, ihre Curricula an den Bedürfnissen der Arbeitgeber auszurichten und ihre Absolventen in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Außerdem fehlt es ihnen oft an finanziellen Mitteln.

Die Lösung liegt in bedarfsorientierten Ausbildungsprogrammen, die alle drei Seiten zusammenbringen. Zunächst definieren die Arbeitgeber ihren Bedarf. Dann übermitteln sie genaue Vorgaben für die nachgefragte Berufsausbildung an die Bildungseinrichtungen und erarbeiten gemeinsam mit ihnen ein Curriculum, das sowohl Theorie als auch praktische Ausbildung im Betrieb enthält. Durch das „Training on the Job“ lernen sich Arbeitgeber und potenzielle Arbeitnehmer auch schon kennen, so dass sich ein Arbeitsverhältnis nach Abschluss der Ausbildung ergeben kann. Gemeinsam gehen Betriebe und Ausbildungseinrichtungen dann auf Jugendliche zu und bringen ihnen die Vorteile des Programms nahe, etwa, dass keine Gebühren anfallen und die Wahrscheinlichkeit groß ist, nach Abschluss einen Job zu finden.

Mit den genannten fünf Vorschlägen könnte die Zeitbombe Jugendarbeitslosigkeit entschärft werden. Es besteht also

Hoffnung für Südafrikas Zukunft. Der Weg ist allerdings lang und steinig, ihn zu bewältigen bedarf großer Anstrengungen und Ausdauer.

LINK

Ausbildungsprogramm uNowanga:
<http://www.unowanga.com>



MAXIMILIAN MATSCHKE
 hat seine Promotion zum
 Thema Szenarien für
 Jugendarbeitslosigkeit in
 Südafrika im Jahr 2035 in

Kollaboration mit den Universitäten Mainz, Witwatersrand (Johannesburg) und Cape Town (Kapstadt) verfasst und mehrere Organisationen zur Jugendförderung in Südafrika initiiert, darunter das im Text erwähnte Entrepreneurship Bootcamp und uNowanga-Programm.
m.matschke@gmail.com



Werden Sie
 unser Fan auf
Facebook!



Das deutsch-indische Unternehmen Bio-Lutions stellt aus Zuckerrohr-Pflanzenresten Einweggeschirr und Verpackungen her.

Seite 19



Foto: Sean Sprague/Linear